

---

## Hauptantrag

Initiator\_innen: **Programmkomitee**

Titel: **EU Programm**

### 1 **Demokratie und Institutionen: Ein** 2 **handlungsfähiges Europa der Bürger\_innen** 3 **Herausforderung**

4 „Die EU“ ist viel zu oft der Sündenbock, wenn auf nationaler politischer Ebene  
5 etwas schief läuft. Die Regierungen schieben die Schuld für Mängel, Missstände  
6 und Blockaden, die sie selbst verursacht haben, ab. Für die Unionsbürger\_innen  
7 ist es oft nicht nachvollziehbar, wer im komplexen politischen Gebilde die  
8 Verantwortung trägt. Selbst dort, wo es Information und Transparenz gibt, sind  
9 EU-Bürger\_innen schlecht über die Kompetenzen und Tätigkeiten der Union  
10 informiert.

11 Brüssel ist in der Wahrnehmung der Bürger\_innen viel zu weit weg und bestehende  
12 Beteiligungsinstrumente wie die Europäische Bürgerinitiative (EBI) sind  
13 weitgehend unbekannt. Zugleich sind innovative Formen der Beteiligung stark  
14 unterentwickelt. Die Bürger\_innen haben also kaum Handhabe, den politischen  
15 Stillstand durch Initiativen aufzubrechen. Dies führt dazu, dass ein  
16 europäisches Bewusstsein und eine politische Identifikation mit der EU  
17 unterentwickelt bleiben.

18 Unionsbürger\_innen sind in ihrem Wahlrecht bei europäischen Wahlen  
19 eingeschränkt. Sie können nicht die Kandidat\_innen europaweit wählen, von denen  
20 sie sich am besten vertreten fühlen, sondern ausschließlich jene aus ihrem  
21 Heimatstaat. Die Europawahlen verkommen dadurch meist zu nationalen  
22 Zwischenwahlen und die Wahlkämpfe zu rein innenpolitischen Auseinandersetzungen,  
23 die wenig Bedeutung für die Zukunft Europas haben. Sie schaffen es so kaum, das  
24 europäisch-politische Bewusstsein zu verstärken.

25 Die Krisen und Herausforderungen der Gegenwart haben zusammen mit der gehemmten  
26 politischen Handlungsfähigkeit der EU in vielen Mitgliedstaaten zu einem  
27 Aufschwung nationalistisch-populistischer Parteien geführt. Die Mitgliedsländer  
28 entwickeln sich unterschiedlich schnell und die Idee eines gemeinsamen Europas  
29 verliert in manchen Staaten immer mehr an Zustimmung. Es kommt vermehrt zu  
30 Verletzungen der EU-Grundwerte. Die Europäische Union hat zu wenige und zu  
31 schwache Instrumentarien, um dies zu sanktionieren. Aus diesen Entwicklungen und  
32 dem Brexit werden Befürchtungen vor einem Zerfall der Union genährt.

33 Gleichzeitig gibt es unterschiedlich weit entwickelte europäische Staaten, denen  
34 die Union mittel- oder langfristige Beitrittsperspektiven zugesichert hat.  
35 Während einige der potenziellen zukünftigen Mitglieder Erfolge bei der  
36 Annäherung verzeichnen können, scheinen sich andere nur wenig vorwärts zu  
37 bewegen. Es besteht die Gefahr, dass die Bürger\_innen jener Staaten sich als  
38 Europäer\_innen zweiter Klasse empfinden und andernorts Verbündete suchen.

## 39 **Vision**

40 Gemeinsam mit den Bürger\_innen durchläuft Europa einen Reformprozess, der die  
41 Vertiefung und Erweiterung der EU vorantreibt. Die Bürger\_innen bringen sich  
42 aktiv in den europäischen Diskurs ein und gestalten ein handlungsfähiges Europa.  
43 Ein Europäischer Konvent führt gemeinsam mit europäischen Volksabstimmungen  
44 dazu, dass bestehende Blockaden durchbrochen und Fragen der weiteren Integration  
45 vorbereitet werden. Die europäischen Institutionen haben sich zu einer  
46 leistungsfähigen Führung der europäischen Gemeinschaft entwickelt, die über eine  
47 Politik des nationalen Minimalkonsenses hinausgeht. Sie agieren effizient und  
48 transparent. Unser Europa ist ein Europa der Entbürokratisierung. Es steht für  
49 eine Regelung anstelle von 28 (bald 27) verschiedenen.

50 Die an der Gesetzgebung beteiligten Institutionen befinden sich alle in Brüssel  
51 und bilden den Grundstein für eine Weiterentwicklung Brüssels zu einer echten  
52 europäischen Hauptstadt. Das Europäische Parlament besteht zu immer größeren  
53 Teilen aus gesamteuropäisch gewählten Abgeordneten, die über Gesetzesvorschläge  
54 für Europa entlang grundsätzlicher politischer Positionen und nicht auf Basis  
55 nationalstaatlicher Zugehörigkeit diskutieren. Der Rat ist zu einer zweiten  
56 Kammer des Parlaments weiterentwickelt, in der die nationalstaatlichen  
57 Interessen vertreten werden. Die Kommission ist eine starke europäische  
58 Regierung mit einem/einer direkt gewählten Regierungschef\_in, der/die sich  
59 sein/ihr Team auf der Basis von Qualifikation und Mehrheiten im Parlament  
60 zusammenstellt. Unsere Vision der Vereinigten Staaten von Europa wird mit jedem  
61 Integrationsschritt greifbarer. Die Bürger\_innen Europas verstehen sich als  
62 europäische Bürger\_innen.

63 Die EU-Staaten respektieren, schützen und verteidigen die EU-Grundwerte. Wenn es  
64 doch zu einer Verletzung dieser kommt, hat die Union effektive Sanktionen zur  
65 Verfügung, um gegenüber dem betreffenden Staat die Einhaltung der Grundwerte und  
66 der Rechtsstaatlichkeit durchsetzen zu können.

## 67 **Leitlinien und Maßnahmen**

### 68 **Bürger\_innen gestalten gemeinsam die Zukunft Europas**

70 Wir fordern die Einberufung eines Europäischen Konvents mit breiter  
71 Bürger\_innenbeteiligung. So bestehen die besten Chancen, nationalistisch-  
72 engstirnige Widerstände und politische Blockaden zu überwinden. Repräsentativ  
73 für die Bevölkerung ausgewählte Bürger\_innen aus ganz Europa sollen gemeinsam  
74 mit staatlichen und anderen nicht-staatlichen Akteuren darüber beraten, wie  
75 unsere EU in Zukunft aussehen soll und wichtige Richtungsentscheidungen

76 vorbereiten. Diese Vorschläge sollen die Basis für eine Neugestaltung der  
77 europäischen Verträge sein.

### 78 **Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger\_innen**

79 Die Europäische Bürgerinitiative (EBI) muss reformiert werden. Gegenwärtig sind  
80 für eine erfolgreiche EBI mindestens eine Million Unterstützungserklärungen aus  
81 mindestens einem Viertel der Mitgliedstaaten notwendig. Dann muss die Kommission  
82 innerhalb von drei Monaten eine Stellungnahme dazu vorlegen und Maßnahmen  
83 vorschlagen, wenn das Thema in den Kompetenzbereich der Kommission fällt.  
84 Allerdings ist bisher noch kein einziger Gesetzesvorschlag aus einer EBI  
85 entstanden. Hier muss zumindest die Bereitschaft der Kommission steigen, auf  
86 Bürger\_innenanliegen einzugehen. Zusätzlich soll die Möglichkeit einer  
87 europaweiten Volksabstimmung geschaffen werden. Eine bestimmte Anzahl von  
88 Unterstützungserklärungen einer EBI sollen zu einer verbindlichen  
89 Volksabstimmung über die Thematik führen. Bei diesen Volksabstimmungen soll eine  
90 doppelte Mehrheit erforderlich sein: Sowohl eine Mehrheit der europäischen  
91 Bevölkerung als auch eine Mehrheit der Staaten muss den Vorschlag unterstützen.

### 92 **Reform der Europawahlen**

93 Wir setzen uns dafür ein, dass zumindest ein Teil der Abgeordneten zum  
94 Europäischen Parlament über gesamteuropäische (transnationale) Listen gewählt  
95 werden. Dies soll durch eine Zweitstimme geschehen. Um antreten zu dürfen,  
96 müssen europäische Listen Kandidat\_innen aus mehreren Mitgliedstaaten aufweisen.  
97 So stellen wir einen europäischen Wahlkampf sicher, der die EU-Wahl aus der  
98 Innenpolitik der Mitgliedstaaten heraushebt. Die über transnationale Listen  
99 gewählten MEPs leisten ihren Beitrag zu einem europäisch-politischen  
100 Bewusstsein. Gleichzeitig soll auch der/die Kommissionspräsident\_in durch die  
101 Bürger\_innen direkt gewählt werden. Dies sichert einerseits die Legitimation  
102 des/der Präsidenten/Präsidentin der Kommission und stärkt andererseits auch  
103 dessen/deren Verbindung zu den Bürger\_innen.

### 104 **Ein selbstbewusstes Europäisches Parlament mit zwei Kammern**

105 Das Europäische Parlament soll sich zu einem Ort entwickeln, an dem große  
106 Debatten über die Zukunft der Europäischen Union stattfinden. Mit einem  
107 verbesserten Wahlrecht ist es auch an der Zeit, dass dieses selbstbewusste  
108 Arbeitsparlament das Recht der Gesetzesinitiative (Initiativrecht) erhält.  
109 Langfristig soll das Europäische Parlament ein Zwei-Kammern-Parlament werden. In  
110 der zweiten Kammer sollen die Interessen der Mitgliedstaaten vertreten werden.  
111 Diese würde also die Aufgaben des Rates übernehmen. Die Abgeordneten der zweiten  
112 Kammer werden von den nationalen Parlamenten entsandt. Sie spiegeln in etwa die  
113 politische Zusammensetzung der nationalen Parlamente wider. Darüber hinaus ist  
114 die historisch gewachsene Aufteilung des Europäischen Parlaments auf die drei  
115 Arbeitsorte Straßburg (die meisten Plenarsitzungen), Brüssel (Ausschüsse und  
116 Fraktionssitzungen) und Luxemburg (Generalsekretariat) nicht praktikabel. Daher  
117 soll das Parlament einen einheitlichen Sitz in Brüssel haben.

### 118 **Eine effiziente europäische Regierung ohne nationale Quoten**

119 Die Kommission muss überschaubarer und effizienter werden. Wie seit 2000  
120 geplant, soll die Anzahl der europäischen Kommissar\_innen von aktuell 28 auf  
121 höchstens 15 reduziert werden. Ein Rotationsverfahren muss eingerichtet werden,  
122 da so nicht in jeder Runde jeder Mitgliedstaat eine/n Kommissar\_in nominieren  
123 kann. Nachdem die Mitglieder der Europäischen Kommission aber ohnehin nicht die  
124 Aufgabe haben, ihren jeweiligen Mitgliedstaat zu vertreten, sondern die gesamte  
125 Union, ist das kein Verlust für die Mitgliedstaaten. Österreich soll sich  
126 bereiterklären, in der ersten Rotationsrunde auf eine/n eigene/n Kommissar\_in zu  
127 verzichten und Verbündete suchen, die dazu ebenfalls bereit sind. So wird die  
128 bestehende Blockade bei dieser Reform endlich beseitigt. Langfristig soll die  
129 Kommission zu einer echten Regierung mit direkt gewähltem Regierungsoberhaupt  
130 und von ihm ernannter Kommissar\_innen ohne nationale Nominierungsansprüche  
131 werden. Die politische Verantwortlichkeit gegenüber dem Europäischen Parlament  
132 soll weiter ausgebaut werden. Diese Weiterentwicklung der Kommission darf aber  
133 nicht zur Folge haben, dass die Kommission eine ihrer Hauptaufgaben, nämlich die  
134 Verfolgung von Unionsrechtsverletzungen durch die Mitgliedstaaten, nicht mehr  
135 erfüllen kann. Dazu könnte eine zu diesem Zweck eingerichtete Generaldirektion  
136 weisungsfrei gestellt werden, um politische Einflussnahme auszuschließen. Die  
137 Aufgabenverteilung zwischen Kommissionspräsident\_in und Ratspräsident\_in bleibt  
138 von diesen Reformen unberührt.

### 139 **Mehr Kontrolle und Transparenz**

140 Die Bürger\_innen haben ein Recht auf eine wirtschaftliche, sparsame und  
141 zweckmäßige Verwendung ihrer Steuermittel. Das Europäische Amt für  
142 Betrugsbekämpfung (OLAF) hat sich im Kampf gegen Korruption als effektiv  
143 erwiesen. Um für zukünftige Aufgaben gerüstet zu sein, müssen hier Möglichkeiten  
144 geschaffen werden, nicht-kooperative nationale Behörden zu sanktionieren. Der  
145 Europäische Rechnungshof soll darüber hinaus durch eine Reduktion der Mitglieder  
146 auf 15 (selbes Verfahren wie beim Vorschlag für die Kommission) effizienter  
147 werden. Zusätzlich müssen die fachlichen Anforderungen an die Mitglieder  
148 präzisiert werden.

149 Auch beim Thema der Transparenz gibt es Nachholbedarf für die Institutionen. Für  
150 die Bürger\_innen schwer nachvollziehbare Entscheidungsprozesse der EU sollen  
151 sichtbar gemacht werden. Zu diesem Zweck soll sowohl im jetzt vorhandenen Rat,  
152 als auch in weiterer Folge in der zweiten Kammer des Parlaments, das  
153 Stimmverhalten aller Regierungsvertreter\_innen/Abgeordneten bei Abstimmungen  
154 offengelegt werden. Somit sind Blockaden durch einzelne Mitgliedstaaten für alle  
155 ersichtlich und können öffentlich debattiert werden.

### 156 **Sanktionen bei Verletzungen der EU-Grundwerte**

157 Die europäischen Mitgliedstaaten müssen im Sinne des Schutzes der europäischen  
158 Grundwerte eine Reform des Artikel-7-Verfahrens (Suspendierung der  
159 Mitgliedschaft) beschließen. Statt Einstimmigkeit soll eine Zweidrittelmehrheit  
160 im Europäischen Rat genügen, um eine schwere anhaltende Verletzung der  
161 Grundwerte festzustellen. Darüber hinaus sind auf europäischer Ebene andere  
162 sinnvolle Instrumente zu finden, die man in einem solchen Fall einsetzen kann.

163 So könnte man, je nach Schwere der Grundwerteverletzung, etwa auch das  
164 Stimmrecht nur teilweise, also in bestimmten Politikbereichen, für eine gewisse  
165 Zeit aussetzen. Eine weitere mögliche Sanktion für besonders gravierende  
166 Verletzungen der Grundwerte besteht darin, zukünftige EU-Fördermittel zu kürzen.  
167 Mitgliedstaaten, die mit dieser Maßnahme belegt werden, würden im folgenden  
168 Finanzrahmen geringere Mittel bekommen.

## 169 **Budget: Eigene Einnahmen für ein Europa, das** 170 **lenkt** 171 **Herausforderung**

172 Wie man gerechte Steuersysteme und eine zeitgemäße Form der  
173 Unternehmensbesteuerung in der digitalisierten Welt gestaltet, ist eine der  
174 zentralen Fragen unserer Zeit. Momentan ist es so, dass die Europäische Union  
175 keine eigenen Steuern einhebt und ihre Budgetautonomie stark begrenzt ist.  
176 Vorschläge diesbezüglich liegen bereits auf dem Tisch, aber anstatt mit starker  
177 Stimme global den Weg vorzugeben, scheitert eine gemeinsame europäische Vision  
178 an nationalstaatlichen Blockaden.

179 Eine einheitliche, koordinierte Budgetplanung ist durch das Europäische Semester  
180 zwar eingerichtet, diesem fehlt es aber an einem Instrument, um die Empfehlungen  
181 an die Mitgliedstaaten durchzusetzen. Die meisten nationalen Regierungen nutzen  
182 die Niedrigzinsphase zu zögerlich für die notwendigen Wirtschafts- und  
183 Strukturreformen. Diese Reformabstinz ist eines der größten Risiken für die  
184 Stabilität und eine koordinierte Budgetpolitik.

185 Eine Herausforderung ist auch die budgetäre Gewichtung der einzelnen  
186 Politikbereiche. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ist einer der größten  
187 Budgetposten der Union und ist derzeit mit etwa 408 Mrd Euro dotiert. Das sind  
188 fast 40 Prozent des gesamten EU-Budgets. Das meiste davon, über 70 Prozent, wird  
189 als flächenbezogene Direktzahlung ausbezahlt und nur wenig als Entlohnung für  
190 Maßnahmen, die den ländlichen Raum und die Umwelt stärken. Unternehmerisches  
191 Denken und Innovationen in der Landwirtschaft sind durch die starke Abhängigkeit  
192 von Förderungen wenig gefragt. Das schwächt die Wettbewerbsfähigkeit der  
193 landwirtschaftlichen Betriebe.

194 Reformbedürftig ist auch die Strukturpolitik der Union. 2014 bis 2020 werden  
195 dafür rund 350 Mrd Euro, ein Drittel des EU-Haushalts, aufgewendet. Einst nur  
196 für strukturschwache Gegenden der Mitgliedstaaten gedacht, fließen die  
197 Fördergelder heute auch in sehr reiche Regionen – mit suboptimalen  
198 Verteilungseffekten, die einer heimlichen Ersatzwirtschaftspolitik gleichen. In  
199 einigen EU-Staaten besteht auch das Problem, dass riesige Regionalfördergelder  
200 gar nicht abgerufen werden, weil es an geeigneten Projekten mangelt oder die  
201 lokalen Behörden nicht fähig oder unwillig sind, solche zu starten oder zu  
202 unterstützen. Das ursprüngliche Ziel, die Verhinderung eines (weiteren)  
203 wirtschaftlichen Auseinanderdriftens der Mitgliedstaaten, wurde aus den Augen  
204 verloren.

## 205 **Vision**

206 Die EU hat eigene Finanzierungsquellen für den EU-Haushalt. Ein substantieller

207 Teil des EU-Haushalts wird durch einen europaweit eingehobenen Beitrag aus einer  
208 CO2-Abgabe und einem Anteil an der Körperschaftsteuer, die auch die  
209 Digitalwirtschaft angemessen berücksichtigt, eingehoben. Eine Neuordnung der  
210 Aufgaben der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten führt zu einer klaren  
211 Zuteilung der Mittel auf EU-Ebene.

212 Förderungen werden nach dem Vorbild des Juncker-Plans größtenteils als  
213 Ankerinvestments eingesetzt, um private Investitionen anzustoßen. Entsprechende  
214 Wirkungs- und Investitionsziele stellen sicher, dass Fördergelder effektiv und  
215 effizient eingesetzt werden.

216 Das Europäische Semester und dessen länderspezifische Empfehlungen werden  
217 ernstgenommen. Für die Durchführung von Reformen im Zusammenhang mit den  
218 Empfehlungen erhalten die Mitgliedstaaten eigene EU-Mittel. Die Reformen stärken  
219 vor allem die Widerstandsfähigkeit der betroffenen Volkswirtschaften und haben  
220 positive Übertragungs-Effekte auf andere Mitgliedstaaten.

221 Die Agrarpolitik wird zur Politik für alle Bürger\_innen und nicht nur für eine  
222 Berufsgruppe. Die verschlankte und innovative Gemeinsame Agrarpolitik ist  
223 Wirtschafts- und Umweltpolitik und nicht Sozial- oder Umverteilungspolitik. Die  
224 Strukturpolitik wird reformiert und vereinfacht und die Mittel daraus kommen  
225 wieder hauptsächlich strukturschwachen Regionen zugute.

## 226 **Leitlinien und Maßnahmen**

### 227 **Umdenken im EU-Budgetprozess**

228 Wir fordern, dass der Budgetprozess für den Mehrjährigen Finanzrahmen zusammen  
229 mit einer Neuordnung der Kompetenzen von Union und Mitgliedstaaten einhergeht.  
230 Wir wollen dafür sorgen, dass die Union über jene Budgetmittel selbst verfügen  
231 kann, die für die Erfüllung von Unionskompetenzen nötig sind. So sprechen zum  
232 Beispiel bedeutende Skalenvorteile dafür, die europäischen Verteidigungsausgaben  
233 auf EU-Ebene anzusiedeln und aus der Verteidigungspolitik mehrheitlich eine  
234 europäische Kompetenz zu machen, um teure Doppelgleisigkeiten zu vermeiden.  
235 Aktuell gibt es in den Verhandlungen eine starke Fixierung auf Nettozahler-  
236 Positionen und ein starkes Konkurrenzdenken zwischen den Mitgliedstaaten. Fast  
237 jeder Staat versucht, die besten Transferleistungen bei möglichst niedrigen  
238 Beiträgen für sich herauszuholen. Leider verhindert dieser Fokus einen  
239 rationalen Diskurs über eine Kompetenzverteilung zwischen EU und  
240 Mitgliedstaaten, die Effizienz und den effektiven Einsatz von Budgetmitteln in  
241 den Fokus stellt.

### 242 **Finanzierung über EU-Steuern statt Mitgliedsbeiträge**

243 Die EU braucht eine Zusammenführung von Einnahmen- und Ausgabenverantwortung,  
244 um  
245 eine sparsame Mittelverwendung sicherzustellen. Daher soll sich die Europäische  
246 Union nicht länger primär über Beiträge der Mitgliedstaaten finanzieren, sondern  
247 selbst Steuern einheben. Dafür sollen Abgaben, die europaweit harmonisiert sind,  
248 direkt ins EU-Budget fließen. Ein möglichst verantwortungsvoller Umgang mit dem  
249 Budget und ein effektiver Einsatz der Mittel ist dann am besten gewährleistet,

250 wenn jene, die das Budget ausgeben, die Steuern auch einheben. Die Europäische  
251 Kommission bekommt eine\_n Finanzminister\_in, der/die für die Einnahmen-  
252 Administration verantwortlich ist und sich für ein volldigitales System  
253 einsetzt. Mehrere Formen von EU-Einnahmen können wir uns in einem ersten Schritt  
254 vorstellen: ein Anteil an der Körperschaftsteuer, die auch durch Einnahmen aus  
255 der digitalen Betriebsstätte ergänzt wird, und eine CO2-Abgabe (bzw. Einnahmen  
256 aus dem Emissionshandel).

### 257 **Europäischer Anteil an der Unternehmenssteuer/Körperschaftsteuer (KöSt)**

258 Mittels einer einheitlichen, EU-weiten Bemessungsgrundlage kann die KöSt zur EU-  
259 Finanzierung genutzt werden. Die Kommission hat bereits Vorschläge zu einer  
260 gemeinsamen und konsolidierten KöSt-Bemessungsgrundlage gemacht, die wir  
261 unterstützen. Wir schlagen vor, Erträge im Ausmaß von sieben Prozent dieser  
262 gemeinsamen (konsolidierten) KöSt-Bemessungsgrundlage der EU als Eigenmittel zur  
263 Verfügung zu stellen. Die EU-Beiträge der Mitgliedstaaten sollen dementsprechend  
264 gesenkt werden. Diese sieben Prozent sind gleichzeitig der Mindestsatz für die  
265 jeweiligen Mitgliedstaaten und werden direkt der EU abgeliefert. Die  
266 Mitgliedstaaten können darüber hinaus nationale Körperschaftssteuern selbst  
267 einheben.

### 268 **Digitale Betriebsstätten und Infrastrukturausgaben auf europäischer Ebene**

269 Wir fordern eine zukunftsfähige Definition der Betriebsstätte bei fehlender oder  
270 geringer physischer Unternehmenspräsenz in den nationalen Steuergesetzen sowie  
271 in den Doppelbesteuerungsabkommen. Um Gewinne der digitalen Wirtschaft und neu  
272 entstehender Branchen am Ort des Umsatzes besteuern zu können, wird eine  
273 Betriebsstätte nicht nur durch eine feste Betriebsstätte, sondern auch durch  
274 eine länger als sechs Monate dauernde wirtschaftliche Tätigkeit begründet.  
275 Entstehen durch diese Maßnahme zusätzliche EU-Einnahmen über den vorgeschlagenen  
276 EU-Anteil der KöSt, sollen diese zusätzlichen Mittel für eine digitale  
277 Gründerzeit und den Ausbau der digitalen Infrastruktur in Europa genutzt werden,  
278 um Europas Wettbewerbsfähigkeit in diesem Wirtschaftsbereich zu sichern.

### 279 **Europaweite CO2-Abgabe und Einnahmen aus dem Emissionshandel**

280 Die Einnahmen aus dem Emissionshandelssystem sollen nicht wie bisher an die  
281 Mitgliedstaaten gehen und danach über ein komplexes System unter den  
282 Mitgliedstaaten umgeschichtet werden. Wir fordern, dass die Einnahmen jeweils  
283 zur Hälfte in einen Klimafonds und ins allgemeine Budget fließen. Die Einnahmen  
284 aus der europaweiten CO2-Abgabe (**siehe Kapitel Umwelt & Energie**) sollen analog  
285 zum Modell für die KöSt bis zum Mindestsatz der EU als Eigenmittel zur Verfügung  
286 stehen. Dabei soll ebenfalls ein gewisser Anteil für einen Klimafonds vorgesehen  
287 sein. Über den Mindestsatz hinausgehende Einnahmen bleiben in den  
288 Mitgliedstaaten.

### 289 **Anreize für Reformen**

290 Das Europäische Semester soll dahingehend weiterentwickelt werden, dass die  
291 Kommission nicht nur Empfehlungen ausgibt, sondern auch Anreize für Reformen

292 setzt. Die Durchführung von Reformen muss daher mit einer finanziellen  
293 Unterstützung durch die Europäische Union verbunden werden. Damit kann  
294 Reformabstizienz beseitigt werden. In einer Testphase könnten dafür Mittel des  
295 Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, des Europäischen Sozialfonds  
296 und/oder des Kohäsionsfonds eingesetzt werden. Zukünftig soll in den  
297 Mehrjährigen Finanzrahmen ein gesonderter Posten für die "Reformförderung" mit  
298 ausreichenden Mitteln vorgesehen werden.

### 299 **Innovative, schlanke und umweltfreundliche Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)**

300 Mit der sukzessiven Erweiterung der EU-Kompetenzen und damit neu balancierten  
301 Budgets sollen auch Mittel von der Gemeinsamen Agrarpolitik in Zukunftsprojekte  
302 umgeschichtet werden. Wir fordern eine sukzessive Reduktion des Volumens der GAP  
303 über einen längeren Zeitraum hinweg. Innerhalb der GAP fordern wir eine noch  
304 stärkere Umschichtung der Mittel hin zu Umwelt-Dienstleistungen der  
305 Landwirtschaft (Gewässerschutz, Pestizidreduktion, Biodiversität). In den  
306 folgenden Mehrjährigen Finanzrahmen sollen die Mittel für die GAP insgesamt  
307 jeweils um 20 Prozent reduziert werden, um Innovationen, Unternehmertum und  
308 damit Wettbewerbsfähigkeit in der Landwirtschaft zu stärken. Durch die  
309 Einhaltung dieses strikten Fahrplans wird Planungssicherheit für die  
310 Landwirt\_innen sichergestellt. Die freiwerdenden Mittel können für  
311 zukunftssträchtige, gemeinschaftliche Projekte eingesetzt werden. Eine stärker  
312 nach Kriterien der Nachhaltigkeit gestaltete Gemeinsame Agrarpolitik der EU  
313 könnte ein effektives Mittel des europäischen Klima- und Umweltschutzes sein.

### 314 **Reform der Strukturpolitik**

315 Wir fordern die Konzentration der Strukturfonds auf die weniger entwickelten  
316 Gebiete und die Übergangsregionen mit dem Ziel des nachhaltigen Aufbaus der  
317 regionalen Wettbewerbsfähigkeit und der sozialen Kohäsion. Es soll keine  
318 Unterstützung mehr für Regionen geben, dessen Bevölkerung ein Pro-Kopf-Einkommen  
319 hat, das deutlich über dem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen der EU liegt.  
320 Außerdem unterstützen wir die intensivere Förderung für grenzüberschreitende und  
321 regionsübergreifende Kooperationen aus Mitteln des Europäischen Fonds für  
322 regionale Entwicklung (EFRE), bei denen es einen klaren europäischen Mehrwert  
323 gibt. Rumänien und Bulgarien sind leider Negativbeispiele dafür, dass die  
324 Projektsetzung von Qualität und Willen der Behörden der Empfängerländer abhängig  
325 ist. Die bereitgestellten Fördermittel werden nicht ausgenutzt und nur mit  
326 jahrelanger Verlängerung – verspätet und qualitativ oft unzureichend –  
327 aufgebraucht. Wir treten für eine Änderung des Vergabesystems für Länder mit  
328 schlechter Projekt- und Mittelausnutzung ein. Künftig sollen dort Förderprojekte  
329 direkt von der EU-Kommission ausgewählt und bezuschusst werden. Das hat auch den  
330 Vorteil, dass die Korruptionsanfälligkeit mancher lokalen Behörden umgangen  
331 wird.

### 332 **Finanzen: Fairer Steuerwettbewerb in einer** 333 **stabilen Wirtschafts- und Währungsunion** 334 **Herausforderung**

335 Rund zehn Jahre nach der Krise kämpft die Eurozone immer noch mit erheblichen

336 Schwierigkeiten. Überhöhte Staatsschulden, niedrige Zinsen, teuer erkaufte  
337 Wirtschaftswachstum und fehlende Strukturreformen sorgen weiterhin für große  
338 Probleme. Der Europäische Stabilitätsmechanismus, der als Notfallinstrument in  
339 der Krise geschaffen wurde, ist noch immer nicht in der Europäische Union  
340 institutionalisiert. Ein Masterplan scheitert meist an den unterschiedlichen  
341 nationalstaatlichen Interessen. Jedoch wäre jetzt die Zeit, vorausschauend zu  
342 handeln, um im Fall einer Krise wirkungsvolle Maßnahmen zur Staatenrettung  
343 setzen zu können. Instrumente zur Bekämpfung von länder- oder  
344 regionsspezifischen Schocks und Krisen (vor allem ESM) werden zu wenig auf  
345 mittel- und langfristige effektive Risikoteilung, budgetäre Anreize und  
346 fiskalische Stabilisierung ausgelegt.

347 Momentan geht eine bessere Abstimmung der Steuer- und Abgabensysteme der  
348 Mitgliedstaaten nur schleppend voran. Die (teils legalen) Steuerschlupflöcher  
349 stellen nach wie vor eine große Herausforderung für die Europäische Union dar.

350 Eine gemeinsame Währung sollte die Zuverlässigkeit des europäischen  
351 Finanzsystems gewährleisten. Leider fehlt bis heute ein wirkungsvoller  
352 Stabilitätsmechanismus, der im Falle einer Krise unsere Währung schützt.

353 Aktuell legt die EZB die Geldpolitik für das Euro-Währungsgebiet fest, übernimmt  
354 aber gleichzeitig – zumindest teilweise – die Funktion der Europäische  
355 Bankenaufsicht. Während das Hauptziel der EZB Preisstabilität ist, zielt die  
356 Finanzmarktaufsicht auf Finanzmarktstabilität ab. Durch diese Doppelfunktion  
357 entstehen Zielkonflikte.

358 Immer noch sucht man in der Europäischen Union nach den geeigneten Instrumenten,  
359 die Währungs- und Staatsschuldenkrise in den Griff zu bekommen. Durch die  
360 anhaltende Niedrigzinspolitik in Zeiten der Hochkonjunktur verliert die EZB  
361 zukünftigen Handlungsspielraum, um auf einen Wirtschaftsabschwung zu reagieren.

362 In der gegenwärtigen Situation verschiebt die Umsetzung der Bankenunion das  
363 Risiko maroder Banken zu Lasten der Bürger\_innen jener Länder, in denen die  
364 Banken saniert sind. Voraussetzung für eine sinnvolle Bankenunion wäre eine  
365 erfolgreiche Sanierung der Bankenwirtschaft in allen teilnehmenden Ländern.

366 Für Verunsicherung sorgt nach wie vor die Diskussion über Eurobonds. Eine  
367 gemeinschaftliche Haftung für die Schulden der Euro-Staaten wäre unter den  
368 gegebenen Umständen problematisch. Denn dadurch wären Haftung und Verantwortung  
369 voneinander getrennt und die Gläubigerländer hätten keine Kontrolle über die  
370 Schuldenaufnahme in Schuldnerländern.

371 Das BIP ist nur noch begrenzt in der Lage, den Strukturwandel von der  
372 "dinglichen" Industrie zur "unsichtbaren" Dienstleistungs- und  
373 Wissensgesellschaft abzubilden. Daher kann im Zeitalter der Digitalisierung das  
374 BIP nicht immer als Gradmesser für das Wirtschaftsklima herangezogen werden.

## 375 **Vision**

376 Die Europäische Union hat die Folgen der Finanzkrise überwunden und die  
377 richtigen Schlüsse gezogen. Ein wirkungsvoller und unabhängiger Europäischer

378 Währungsfonds (EWF) ermöglicht im Krisenfall die Handlungsfähigkeit und  
379 Glaubwürdigkeit. Außerdem überwacht der unabhängige EWF anstelle der  
380 Europäischen Kommission die Verschuldungsregeln. Eurobonds und somit eine  
381 Vergemeinschaftung der Schulden werden nicht realisiert.

382 Steuergerechtigkeit ermöglicht endlich einen fairen Wettbewerb. Die Vorschläge  
383 der Europäischen Kommission zur Bekämpfung der Steuervermeidung werden in enger  
384 Zusammenarbeit mit der OECD Schritt für Schritt umgesetzt und führen letztlich  
385 auch zu niedrigen Steuersätzen.

386 Der Euro ist eine der wichtigsten Weltwährungen und unterstützt die  
387 internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen. Die  
388 Währungsunion fördert weiterhin den barrierefreien Handel innerhalb des  
389 europäischen Binnenmarktes und erleichtert das Reisen und Einkaufen für die  
390 Bürger\_innen.

391 Die EZB beschränkt sich auf ihre Kernaufgabe und ist erfolgreiche Hüterin der  
392 Preisstabilität.

393 In der Bankenunion wird der einheitliche Abwicklungsfonds (Single Resolution  
394 Fund, SRF) zu einem funktionierenden Bail-in Mechanismus ausgebaut, in den die  
395 Banken selbst einzahlen und dem ausreichend Mittel zur Verfügung stehen.

396 Neben dem BIP werden zusätzliche Parameter wie Gesundheit, Bildung oder  
397 Nachhaltigkeit zur Messung von Wohlstand und Fortschritt herangezogen. Dies  
398 hilft bei der Planung zukunftsweisender Politik.

## 399 **Leitlinien und Maßnahmen**

### 400 **Weiterentwicklung des ESM zu einem schlagkräftigen Europäischen Währungsfonds** 401 **(EWF)**

402 Es braucht einen Mittelweg zwischen dem sturen Beharren auf der souveränen  
403 Selbstverantwortung der Mitgliedstaaten und der weitergehenden  
404 Vergemeinschaftung sowie zentralen Steuerung der Wirtschaftspolitik mit einem  
405 finanziellen Lastenausgleich zwischen strukturstärkeren und -schwächeren  
406 Mitgliedstaaten. Wir fordern die Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds  
407 (EWF) auf Grundlage des Gemeinschaftsrechts, der die Stabilität der Eurozone  
408 gewährleistet. Mit dem Europäischen Währungsfonds (EWF) soll ein dauerhafter und  
409 unabhängiger Rechtsnachfolger für den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)  
410 geschaffen werden. Hauptziel des EWF ist die finanzielle Stabilitätshilfe für  
411 Krisenländer im Euroraum. Als unabhängiges Gremium sorgt der EWF durch  
412 Geldmarktgeschäfte und Emissionen am Kapitalmarkt für die Beschaffung von  
413 Geldmitteln für in Not geratene Euro-Staaten. Die Unabhängigkeit des EWF soll  
414 langfristig zu einer Entpolitisierung des Re-Finanzierungsprozesses für in  
415 Zahlungsnot geratene Euro-Staaten führen. Regelmäßiger Austausch eines solchen  
416 Europäischen Währungsfonds mit den Euro-Mitgliedstaaten über aufkommende Risiken  
417 sollen zu proaktivem Handeln führen und den Reformprozess in Euro-Staaten mit  
418 finanziellen Engpässen vorantreiben. Zu diesem Zwecke soll der EWF auch die  
419 Überwachung der Verschuldungsregeln von der Europäischen Kommission übernehmen.  
420 Verstöße gegen den Stabilitätspakt sind keine politischen Bewertungen, sondern

421 basieren auf Zahlen, Daten und Fakten. Eine weitere Vergemeinschaftung der  
422 Schulden etwa durch Eurobonds kommt für NEOS nicht in Frage.

### 423 **Weiterentwicklung des ESM bzw. Europäischen Währungsfonds (EWF)**

424 Die Stabilität der Eurozone soll durch einen Europäischen Währungsfonds (EWF)  
425 auf Grundlage des Gemeinschaftsrechts gewährleistet werden. Mit dem Europäischen  
426 Währungsfonds (EWF) soll ein dauerhafter und unabhängiger Rechtsnachfolger für  
427 den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) geschaffen werden. Hauptziel des  
428 EWF ist die finanzielle Stabilitätshilfe für Krisenländer im Euroraum. Als  
429 unabhängiges Gremium sorgt der EWF durch Geldmarktgeschäfte und Emissionen am  
430 Kapitalmarkt für die Beschaffung von Geldmitteln für in Not geratene Euro-  
431 Staaten. Die Unabhängigkeit des EWF soll langfristig zu einer Entpolitisierung  
432 des Re-Finanzierungsprozesses für in Zahlungsnot geratene Euro-Staaten führen.  
433 Regelmäßiger Austausch eines solchen Europäischen Währungsfonds mit den Euro-  
434 Mitgliedstaaten über aufkommende Risiken sollen zu proaktivem Handeln führen und  
435 den Reformprozess in Euro-Staaten mit finanziellen Engpässen vorantreiben.

### 436 **Kein Steuergeld für Hilfen des EWF**

437 Private Gläubiger\_innen haften direkt und eventuell zusätzlich auch über  
438 Pensionsfonds und Lebensversicherungen für die Investments an überschuldeten  
439 Staaten. Werden Mittel aus dem Europäischen Währungsfonds in Anspruch genommen,  
440 sollen Staatsanleihen nicht übernommen werden können, sondern werden automatisch  
441 verlängert. So soll sichergestellt werden, dass Hilfszahlungen für neue  
442 Investitionen genutzt werden und nicht zur Rettung von Gläubiger\_innen. Das  
443 führt dazu, dass der EWF die Gläubiger\_innen nicht mehr auslöst, wenn der  
444 Krisenstaat seine Schulden nicht mehr tragen kann. Die Marktpreise für alte  
445 Anleihen werden folglich fallen. Die entsprechenden Abschreibungen müssen  
446 Gläubiger\_innen bzw. Spekulant\_innen tragen.

### 447 **Insolvenzrecht für Staaten**

448 Wir fordern ein Insolvenzrecht für Staaten der Eurozone, das den Mitgliedern der  
449 Währungsunion die Möglichkeit gibt, in einem regelgeleiteten Verfahren ihre  
450 Schuldenfähigkeit wiederherzustellen. Dies soll im Krisenfall ungeordnete  
451 Verfahren, Planungsunsicherheit und Fehlanreize verhindern und dazu beitragen,  
452 die Zahlungsfähigkeit von Krisenländern schneller wiederherzustellen. Das  
453 Staateninsolvenzrecht muss auf verbindlichen Regeln für alle Beteiligten  
454 basieren und mit einem klaren Reformprogramm verbunden sein. Letzteres soll  
455 ebenfalls vom EWF überwacht werden.

### 456 **Teilung der Kompetenzen der Europäischen Zentralbank (EZB)**

457 Wir fordern, dass sich die EZB an ihr ursprüngliches Mandat der  
458 Währungsstabilität hält und nicht monetäre Staatsfinanzierung durch die  
459 Hintertüre betreibt. Das vorrangige Ziel der Europäischen Zentralbank ist die  
460 Gewährleistung von Preisstabilität, damit die Kaufkraft der gemeinsamen Währung  
461 erhalten bleibt. Durch die Genehmigung von Liquiditätsmittel soll eine  
462 Inflationsrate knapp unter 2 Prozent erreicht werden. Um den Fokus der EZB  
463 wieder stärker auf ihre Hauptaufgabe für das Euro-Währungsgebiet zu legen,

464 werden die Aufgaben der Bankenaufsicht und die Re-Finanzierung von Staaten mit  
465 Finanzproblemen von der Europäischen Finanzmarktaufsicht und dem EWF ausgeführt.

### 466 **Handlungsfähiger Abwicklungsmechanismus für die Bankenunion**

467 Wir wollen einen stringenten und handlungsfähigen Abwicklungsmechanismus bei  
468 Banken Krisen. Das System, dass Kosten auf die Allgemeinheit umgewälzt werden,  
469 während der Nutzen dem engen Stakeholder-Kreis zugutekommt, muss der  
470 Vergangenheit angehören. Daher fordern wir einen glaubhaften Übergang vom Bail-  
471 out zum Bail-in. Wir sehen eine Vergemeinschaftung der Einlagensicherung auf  
472 europäischer Ebene kritisch, setzen uns aber für eine Harmonisierung der  
473 Absicherung ein. Die Einlagensicherung muss an die nationale Kaufkraft angepasst  
474 werden. Kleinere Sparkassen, Volks- und Genossenschaftsbanken (nach der  
475 Definition der EZB "Less Significant Institutions") sollen von Zahlungen in den  
476 Abwicklungsfonds ausgenommen werden.

### 477 **Bekämpfung der Steuervermeidung**

478 Wir wollen ein einfacheres, faireres und stabileres Umfeld für Unternehmen  
479 verwirklichen. Nur wenn es europaweit einheitliche Grundregeln gibt, kann ein  
480 fairer und transparenter Wettbewerb stattfinden. Schlupflöcher und steuerliches  
481 Untertauchen müssen effektiv bekämpft werden. Dafür braucht es unter anderem  
482 eine EU-weite, effiziente Umsetzung der Anti-Tax-Avoidance Directive (ATAD) bzw.  
483 Richtlinie zur Bekämpfung von Steuervermeidung. Diese schlägt fünf  
484 rechtsverbindliche Maßnahmen gegen Missbrauch vor, die alle Mitgliedstaaten  
485 gegen aggressive Steuerplanung durchsetzen müssen. Diese sind:  
486 Hinzurechnungsbesteuerung, Switch-over Klausel, Wegzugsbesteuerung,  
487 Hinzurechnungsmethode und Methodenwechsel.

### 488 **Fairer Steuerwettbewerb mit gleichen Vorzeichen**

489 Wir fordern eine einzige Steuererklärung für Unternehmen für alle ihre EU-  
490 Aktivitäten. Dafür braucht es ein harmonisiertes System zur Berechnung der  
491 steuerpflichtigen Gewinne von Unternehmen in der EU. Die gemeinsame  
492 (konsolidierte) Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (G(K)KB) bzw. Common  
493 Consolidated Corporate Tax Base (CCCTB) ist ein mächtiges Instrument zur  
494 Bekämpfung der Steuervermeidung.

### 495 **Umsetzung der OECD-Empfehlungen und bessere Abstimmung der Steuersysteme**

496 Wir setzen uns für eine Harmonisierung der bilateralen  
497 Doppelbesteuerungsabkommen von EU-Staaten ein. Zusätzlich fordern wir eine  
498 zeitnahe Übernahme der OECD Updates in der EU mit dem Ziel eines EU-weit  
499 einheitlichen Standardabkommens. Des Weiteren braucht es eine bessere Abstimmung  
500 und Vereinfachung des Umsatzsteuer-Systems: Einen großen Teil der  
501 Steuervermeidung in Europa, insbesondere im digitalen Bereich, macht die  
502 Umsatzsteuerumgehung aus. Am besten zu lösen wäre dies durch ein generelles  
503 Reverse-Charge-System (also der Übergang der Steuerschuld auf den  
504 Leistungsempfänger) für die Abfuhr der Umsatzsteuer zwischen inländischen  
505 Unternehmen sowie entsprechendes Reverse-Charge-System auf europäischer Ebene.

506 Langfristiges Ziel ist, dass nur mehr der/die Letzte in der Wertschöpfungskette  
507 die Umsatzsteuer deklariert und abführt.

### 508 **Wirtschaftswachstum neu messen**

509 Wir stehen für neue Maßeinheiten zur Bewertung des wirtschaftlichen Erfolgs von  
510 alternativen Kennzahlen zur Messung des Wohlstandes. Alternative zusätzliche  
511 Indikatoren umfassen beispielsweise Daten zu Gesundheit, Bildung, Zufriedenheit.  
512 Damit können wir Wohlstand und Lebensqualität besser abbilden. Wir fordern  
513 daher, dass entsprechende Parameter als Beilage zum BIP in den entsprechenden  
514 Länderberichten der EU-Kommission stärker zum Ausdruck kommen.

## 515 **Außenpolitik: Europa als selbstbewusster** 516 **globaler Akteur**

### 517 **Herausforderung**

518 Die Europäische Union steht als globaler Akteur unter dem Druck nationalistisch  
519 und rücksichtslos agierender Mächte wie den USA, China und Russland. Vielerorts  
520 zeichnet sich ein Trend zu einer illiberalen Welt ab. Wir beobachten eine Abkehr  
521 vom Multilateralismus und einer internationalen Rechtsordnung und ihren Ersatz  
522 durch reine Machtpolitik. Die EU agiert nach wie vor nicht einheitlich und hat  
523 so diesem Trend wenig entgegenzusetzen.

524 Das Engagement großer handelspolitischer Mächte für eine Handelspolitik mit  
525 hohen Standards geht zurück. Vielmehr wird der Abschluss stabiler und  
526 transparenter Handelsabkommen oft von nationalistischer, protektionistischer  
527 Politik blockiert. Das macht die EU etwa im Fall von Handelskriegen verwundbar.

528 In der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) sind die EU-Mitgliedstaaten zwar  
529 weltweit der größte Geldgeber, doch die bilateralen Maßnahmen sind nicht  
530 aufeinander abgestimmt. Sie werden von Partikularinteressen gesteuert und die  
531 Beiträge sinken.

532 Rüstungsexporte in Drittstaaten werfen für die europäische Gemeinschaft  
533 regelmäßig schwierige ethische Fragen auf. Gleich mehrere EU-Staaten befinden  
534 sich in der Liste der größten Waffenexporteure der Welt. EU-Staaten exportieren  
535 nach wie vor in Staaten mit problematischer Haltung zu Menschenrechten und an  
536 autoritäre Systeme, von denen einige auch in gewaltsame Konflikte involviert  
537 sind. Die Rüstungsexportkontrolle auf europäischer Ebene gewährleistet in ihrer  
538 gegenwärtigen Form weder, dass diese Exporte mit den europäischen Werten im  
539 Einklang sind, noch sorgen sie innereuropäisch für gleiche  
540 Wettbewerbsvoraussetzungen.

541 Trotz zahlreicher Bemühungen der Europäischen Union gibt es weiterhin in vielen  
542 Staaten des Westbalkans große Probleme mit der Rechtsstaatlichkeit, dem Kampf  
543 gegen Korruption und organisiertem Verbrechen. Gleichzeitig ist die  
544 Arbeitslosigkeit, besonders unter Jugendlichen, hoch. Die Region wird zunehmend  
545 zum Spielball anderer geopolitischer Mächte und ist anfällig für radikales  
546 Gedankengut und politische Hoffnungslosigkeit.

547 Die Türkei – lange ein verlässlicher Partner in Sachen Handel und Sicherheit –  
548 wendete sich in den letzten Jahren von europäischen Werten ab. Der systematische

549 Kampf gegen liberales Gedankengut, gegen die Meinungs- und Pressefreiheit,  
550 schließt derzeit einen Beitritt der Türkei zur EU aus.

551 Durch die Entscheidung der Briten für den Austritt aus der EU ist Großbritannien  
552 innenpolitisch ins Chaos geschlittert. Die Gestaltung eines zukünftigen  
553 Verhältnisses zwischen den Briten und der Union gestaltet sich schwierig. Zudem  
554 wird bei der Außen- und Sicherheitspolitik die Stimme der Briten fehlen.

## 555 **Vision**

556 Europa ist ein selbstbewusster globaler Akteur, der die europäische Souveränität  
557 verteidigt, statt die nationale. Europa bleibt im Umgang mit allen  
558 internationalen Partnern seinen Werten treu und spricht mit einer einzigen  
559 starken Stimme nach außen. Europa bemüht sich fortwährend um die Stärkung des  
560 internationalen Rechts, der internationalen Institutionen und der multilateralen  
561 Zusammenarbeit, um so zielorientiert zur Lösung ökologischer, wirtschaftlicher  
562 und sozialer Probleme beitragen zu können.

563 Europa stärkt den offenen und regelbasierten Handel weiter und hält durch den  
564 dadurch gewonnenen Einfluss globale Standards bei Produktqualität, Umweltschutz  
565 und sozialen Rechten hoch. Wachstumschancen durch Freihandel werden genutzt und  
566 weitere Investitionen angezogen. Der von der Europäischen Union betriebene  
567 wertebasierte Freihandel schafft Wohlstand und fördert Fortschritt und  
568 friedliches Zusammenleben in der europäischen Nachbarschaft und der ganzen Welt.  
569 Die WTO wird weiterentwickelt, denn wirtschaftlich stärker verflochtene Länder  
570 führen selten Krieg gegeneinander.

571 Die Entwicklungszusammenarbeit erfolgt gemeinschaftlich. Durch gezielte Projekte  
572 können echte Fortschritte bei der Bekämpfung von Armut und der Schaffung von  
573 Perspektiven in den EU-Partnerländern gemacht werden. Ein verstärkter Fokus auf  
574 die bestehenden Exportgüter dieser, insbesondere afrikanische Länder, kann ihre  
575 Exporte in die Europäische Union um ein Vielfaches erhöhen, was zum Beispiel  
576 Millionen von Bauern und Bäuerinnen und in der Textilbranche tätigen Menschen  
577 erhöhte Einkommen verschafft.

578 In ihrer Nachbarschaft investiert die Europäische Union in stabile  
579 Partnerschaften und eine starke Zivilgesellschaft. Ein  
580 Städtepartnerschaftsprojekt zwischen europäischen und afrikanischen Städten ist  
581 Leuchtturm eines gelungenen Austausches. Am Westbalkan werden mit der  
582 Unterstützung von Infrastrukturprojekten europäische Investitionen  
583 vorangetrieben und der Weg für nachhaltige Arbeitsplätze geebnet. Dies gibt auch  
584 Anstoß für weitere rechtsstaatliche Reformen. Die Europäische Union hat mit  
585 Großbritannien und der Türkei unterschiedliche, stabile Partnerschaften abseits  
586 der Vollmitgliedschaft aufgebaut.

## 587 **Leitlinien und Maßnahmen**

### 588 **Echte Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik**

589 Die Außenpolitik der Europäischen Union und damit der/die Hohe Vertreter\_in  
590 verdient echten Entscheidungsspielraum und die Unterstützung aller  
591 Mitgliedstaaten. Er/Sie soll ein/e echte/r Außenminister\_in für die EU werden.

592 Die Union soll ihre 2016 entschiedene klare wertebasierte Europäische  
593 Globalstrategie bedienen, anstatt 28 (bald 27) nationalstaatliche  
594 Partikularinteressen. Dazu muss auch das Einstimmigkeitsprinzip im Bereich der  
595 Durchführung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der  
596 Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) abgeschafft werden.  
597 Stattdessen soll per qualifizierter Mehrheit entschieden werden (55 Prozent der  
598 Mitgliedstaaten und 65 Prozent der Einwohner\_innen). Als Zwischenschritt wäre es  
599 denkbar, die Anwendung des Einstimmigkeitsprinzips im Bereich der GASP/GSVP  
600 zumindest einzuschränken.

### 601 **Wertebasierter Freihandel**

602 Offener, wertebasierter und freier Handel mit möglichst vielen Staaten weltweit  
603 fördert den Wohlstand Europas und jenen unserer Handelspartner. Damit alle davon  
604 profitieren können, sind klare Regeln notwendig. Transparente Abkommen mit  
605 effektiven Schlichtungsverfahren sind die einzige Antwort auf die Willkür  
606 unberechenbarer politischer Führungspersönlichkeiten und die Gefahr von  
607 Handelskriegen. Wir setzen uns für den Abschluss weiterer Freihandelsabkommen  
608 und die regelkonforme Implementierung bereits abgeschlossener Verträge ein.  
609 Gleichzeitig wollen wir die Diskussion um solche Abkommen von einer  
610 polarisierten Angstdebatte zurück zu einem faktenbasierten politischen Diskurs  
611 führen.

### 612 **Vergemeinschaftung der finanziellen Mittel für die Entwicklungspolitik**

613 Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen sind die Grundlage dafür, in  
614 Partnerländern systemische Veränderungen und den Aufbau von nachhaltigen  
615 Strukturen zu erzielen. Wir sind für eine Vergemeinschaftung der finanziellen  
616 Mittel der Entwicklungszusammenarbeit auf europäischer Ebene. Damit können wir  
617 einen effizienten und kompetenten Beitrag zur Lösung globaler Herausforderungen  
618 und zur Erreichung der Sustainable Development Goals (SDGs) beitragen und  
619 zugleich Partikularinteressen effektiv entgegenwirken. Die Fachkompetenzen der  
620 Mitgliedstaaten in den jeweiligen Sektoren sollen so effizienter unterstützt und  
621 weiterentwickelt werden, damit diese die gemeinsame EZA der EU effektiv umsetzen  
622 können. Alle Agenden und Mittel der EZA sollen in einer EU-  
623 Implementierungsagentur zusammengefasst werden, um einen effizienten Einsatz der  
624 Mittel mit der fachkundigen Expertise der einzelnen Mitgliedstaaten zu  
625 gewährleisten.

### 626 **Bildung im Fokus der Investitionen in Partnerstaaten**

627 Wir fordern einen verstärkten Fokus auf Bildungsinvestitionen in den  
628 Partnerstaaten. Europäischen Unternehmen kommt insbesondere bei Vorhaben im  
629 Bereich der Berufsbildung eine wichtige Katalysatorfunktion zu. Um  
630 nachfrageorientierte Ausbildungsmodelle aufsetzen zu können, müssen europäische  
631 Unternehmen und lokale Verbände als Bildungspartner mobilisiert werden. Ein  
632 besonderer Fokus soll auf die Beitrittskandidaten gelegt werden, wobei der  
633 Ansatz auch als Grundlage für die Zusammenarbeit mit anderen Staaten dienen  
634 soll.

635 **1000 Städtepartnerschaften für Europa & Afrika**

636 Städte überall auf der Welt stehen vor ähnlichen Herausforderungen. Es geht um  
637 Wasserversorgung, Abfallwirtschaft, Verkehrsplanung, effiziente Verwaltung,  
638 Krankenhäuser, Schulen, Sicherheit und vieles mehr. Europäische Städte sollen  
639 ihre Expertise und ihre Erfahrungen weitergeben. Sie können so gemeinsam mit der  
640 Europäischen Union direkt vor Ort ihren Beitrag dafür leisten, dass sich Städte  
641 in Schwellen- und Entwicklungsländern entwickeln und funktionierende Märkte  
642 entstehen können. Wir fordern 1000 Partnerstädte für Europa, von Tallinn über  
643 Wels bis Málaga und Thessaloniki und auf der anderen Seite des Mittelmeers von  
644 Casablanca über Tripolis bis Asmara in Eritrea. Die Partnerschaft soll sich  
645 unterstützt vom europäischen Ausschuss der Regionen auf die Expertise der  
646 jeweiligen Städte konzentrieren, um hier maximalen Fortschritt zu erzielen.

647 **Unterstützung der Einrichtung von Sonderentwicklungszonen entlang der**  
648 **Migrationsrouten**

649 Flucht und Migration finden überwiegend zwischen benachbarten  
650 Entwicklungsländern mit begrenzten Aufnahmekapazitäten und wirtschaftlichen  
651 Möglichkeiten statt. Deshalb muss die Europäische Union besonders diese  
652 Aufnahmegesellschaften unterstützen. Wir setzen uns für die Einrichtung von  
653 Sonderentwicklungszonen nach den Konzepten anerkannter Expert\_innen in diesem  
654 Bereich ein. Dort sollen der Arbeitsmarkt und das Sozialsystem für Flüchtlinge  
655 und Migrant\_innen voll geöffnet sein. Im Gegenzug räumt die EU von dort  
656 stammenden Produkten einen erleichterten Zugang zum EU-Markt ein. Dadurch sollen  
657 neue Lebensräume entlang der Migrationsrouten geschaffen und die wachsenden  
658 Städte gefördert werden. Wenn man mehrere solche Zonen über verschiedene  
659 afrikanische Länder verteilt, können dort Millionen von Menschen vernünftig  
660 leben. Mögliche Standorte wären etwa zwischen Somalia und Kenia, in Libyen,  
661 Westafrika und entlang der Migrationsrouten.

662 **An der Gemeinsamen Außenpolitik orientierte Rüstungsexportkontrolle**

663 Auf europäischer Ebene besteht kein einheitliches System der  
664 Rüstungsexportkontrolle. Zwar sind 26 EU-Staaten Mitglieder des Wassenaar-  
665 Abkommens für Exportkontrollen von konventionellen Waffen und  
666 doppelverwendungsfähigen Gütern und Technologien, doch ist dieses nicht bindend.  
667 Einige EU-Staaten haben strenge Regeln für den Waffenexport, andere eher lax.  
668 Das führt zu ungleichen Wettbewerbsvoraussetzungen auf dem innereuropäischen  
669 Rüstungsmarkt, aber auch zu intransparenten Entscheidungen und einem  
670 uneinheitlichen Agieren nach außen. Wir fordern eine einheitliche und bindende  
671 Lösung zur Kontrolle von Waffenexporten und doppelverwendungsfähigen Gütern, die  
672 sich an den Leitlinien der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik orientiert  
673 und an Kriterien wie politischer Stabilität des importierenden Staates, Achtung  
674 der Menschenrechte und daran, ob ein Staat in eine kriegerische  
675 Auseinandersetzung involviert ist.

676 **Infrastrukturoffensive für den Westbalkan**

677 Das Beibehalten der Beitrittsperspektive für die Staaten des Westbalkans, wie in  
678 der Westbalkanstrategie der Europäischen Kommission festgelegt, ist ein  
679 zentraler Punkt bei der Weiterentwicklung der Beziehungen der EU mit dieser für  
680 uns so wichtigen Region. Die Europäische Union ist der größte Investor und  
681 Handelspartner der Westbalkanstaaten. Damit diese schneller an uns heranrücken,  
682 die EU-Investments abgesichert werden und der Markt für weitere Investitionen  
683 geöffnet wird, um Arbeitsplätze zu schaffen, braucht es eine  
684 Infrastrukturoffensive. Diese beinhaltet einen massiven Ausbau des Straßen-,  
685 Schienen-, Strom- und Telekommunikationsnetzes (Glasfaser) sowie sauberer  
686 Energieformen. Das ist zwar sehr kostspielig, bringt aber in der Nachbarschaft  
687 der Europäischen Union auf lange Sicht mehr als Entwicklungsprojekte und  
688 Symptombekämpfung im Sicherheitsbereich. Um ein gutes Umfeld für europäische  
689 Investments und somit die Schaffung von Arbeitsplätzen zu gestalten, braucht es  
690 eine verlässliche Infrastruktur.

### 691 **Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei**

692 Während die Türkei bereits seit den 90er Jahren über Kandidatenstatus für die  
693 Aufnahme in die Europäische Union verfügt, haben sich nicht nur ihre Chancen für  
694 einen Beitritt verflüchtigt, sondern offenbar auch ihr Interesse daran. Die  
695 türkische Regierung unterdrückt und inhaftiert Intellektuelle und  
696 Journalist\_innen, Oppositionelle und andere Gegner des Erdogan-Regimes. Sie  
697 schränkt Minderheitenrechte ein und führt Krieg gegen die liberale Demokratie.  
698 Wenn Europa sich selbst ernst nimmt, kann es darauf nur eine Antwort geben: den  
699 Abbruch der Beitrittsverhandlungen. Ungeachtet dessen muss Europa weiterhin auf  
700 Unterstützung von und Dialog mit zivilgesellschaftlichen Organisationen setzen,  
701 die sich für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Türkei einsetzen.

### 702 **Klare europäische Linie bezüglich Russland**

703 Wir wollen ein unverzügliches Ende der Gewalt in der Ostukraine und der  
704 völkerrechtswidrigen Besetzung der Krim sowie den Wiederaufbau einer  
705 vertrauensvollen Beziehung zu Russland. Für uns sind die Prinzipien des  
706 Völkerrechts und der Menschenrechte in der europäischen Friedensordnung nicht  
707 verhandelbar. Daher stehen wir ausdrücklich zu den von der EU verhängten  
708 Sanktionen. Bei einem substanziellen Einlenken Russlands können sie gelockert  
709 oder aufgehoben werden. Wir müssen in die Medienkompetenz der Bürger\_innen  
710 investieren, damit diese die demokratiegefährdende Propaganda von Seiten  
711 Russlands erkennen können. Gleichzeitig bleiben wir mit Russland wirtschaftlich,  
712 kulturell und politisch eng verbunden und wollen Gesprächskanäle offenhalten.  
713 Dazu fordern wir die Aufhebung der Visumpflicht für russische Schüler\_innen und  
714 Studierende sowie aktivere Bewerbung von Schüler\_innen- und  
715 Studierendenaustauschprogrammen zwischen Russland und der EU und die  
716 Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen.

### 717 **Beziehungsneustart mit Großbritannien**

718 Europa muss aus der desaströsen Entwicklung des Brexit seine Lehren ziehen und  
719 in jedem Falle verhindern, dass so etwas jemals wieder passiert. Großbritannien

720 für einen erneuten Beitritt rechtlich die Türen offenstehen. Die Union muss  
721 weiterhin eine ausgestreckte Hand in Richtung unserer britischen Freund\_innen  
722 halten und die größtmögliche Nähe zur EU anstreben. Großbritannien ist und  
723 bleibt ein europäischer Staat, der die europäischen Werte im Herzen trägt und  
724 europäische Diplomatie über Jahrhunderte maßgeblich mitgestaltet hat und hat  
725 somit einen Platz in der Europäischen Union. Das soll unser Ziel sein.

## 726 **Asyl und Migration: Nachhaltige Lösungen für** 727 **globale Migration** 728 **Herausforderung**

729 Die Union geriet in den letzten Jahren durch Fluchtbewegungen aus Krisengebieten  
730 und größeren Migrationsbewegungen aus ökonomischen Gründen vermehrt unter Druck.  
731 Die Mitgliedstaaten reagierten mit unkoordinierten Einzelmaßnahmen anstatt mit  
732 einer gemeinsamen europäischen Strategie. Irreguläre Migrant\_innen vermischen  
733 sich mit Schutzsuchenden und stellen Asylanträge in europäischen Staaten. In  
734 Italien, für viele das Land, durch das sie in die EU einreisen, warten  
735 Asylwerber\_innen in der Folge mindestens zwei Jahre auf eine erstinstanzliche  
736 Entscheidung und weitere zwei Jahre für eine Entscheidung im Berufungsverfahren.  
737 Auch in Österreich sind lange Verfahrensdauern keine Seltenheit. In der Regel  
738 bleibt fast jede\_r, der/die nach Europa gelangt, hier, denn es bestehen nach wie  
739 vor nur mit wenigen der Top-Herkunftsstaaten verlässliche Rücknahmeabkommen.

740 Für den Asylbereich sieht das Dublin-System vor, dass grundsätzlich jener Staat  
741 für Asylanträge zuständig ist, in dem Schutzsuchende erstmals EU-Boden betreten  
742 haben. Diese Regel belastet die EU-Mitgliedstaaten an den Außengrenzen, wie etwa  
743 Italien, Spanien oder Griechenland, überproportional. Ein kooperatives System  
744 der gerechten Verteilung von Schutzberechtigten auf die EU-Staaten scheitert  
745 bisher an Blockaden durch einige Mitgliedstaaten.

746 Die im Jahr 2018 aufgekommenen Vorschläge über Aufnahmezentren in Drittstaaten  
747 verkomplizierten die Debatte zunehmend. Es besteht keinerlei Konsens darüber, wo  
748 solche Aufnahmezentren für Schutzsuchende eingerichtet werden könnten, denn kein  
749 Drittstaat ist bisher damit einverstanden. Gleichzeitig gibt es keinen  
750 realistischen Vorschlag dazu, wie solche Konzepte völker- und  
751 menschenrechtskonform umgesetzt werden könnten.

752 Die Union ist gefordert, eine Asyl- und Migrationspolitik zu betreiben, die  
753 nachhaltig ist und rechtsstaatlichen Grundsätzen sowie menschenrechtlichen  
754 Normen gerecht wird. Nicht jede/r, der/die das möchte, kann uneingeschränkt in  
755 Europa einreisen und hier leben. Es braucht klare Regeln und  
756 Steuerungsmechanismen für die Migrationsbewegungen der Gegenwart und der  
757 Zukunft. Parallel gilt es, die Personenfreizügigkeit (Reisefreiheit) innerhalb  
758 der europäischen Union für Unionsbürger\_innen zu garantieren. Unkontrollierte  
759 Grenzübertritte und Binnenwanderungen von Schutzsuchenden müssen unterbunden  
760 werden.

761 Gleichzeitig gelangen jedes Jahr doppelt so viele Arbeitsmigrant\_innen,  
762 Saisonarbeiter\_innen, Student\_innen, Wissenschaftler\_innen und Personen, die

763 durch Familienzusammenführung einreisen, legal in die Europäische Union wie  
764 irreguläre Migrant\_innen. Die Union erreicht laut OECD nach wie vor nicht  
765 annähernd ihr volles Potenzial, qualifizierte Fachkräfte anzuziehen. Nur etwas  
766 über 25 Prozent der Einwander\_innen verfügen über Hochschulbildung. Eine  
767 bedarfsorientierte Steuerung der Arbeitsmigration konnte bislang weder auf EU-  
768 noch auf nationaler Ebene zufriedenstellend organisiert werden. Reformen für die  
769 Blue Card scheitern bisher an den Mitgliedstaaten.

770 Die lösungsorientierte Debatte in den Politikfeldern Asyl, Migration und  
771 Integration versinkt zunehmend in einem emotional aufgeladenen Populismus, der  
772 nicht an Lösungen interessiert ist, sondern daran, aus den Problemlagen  
773 politisches Kapital zu schlagen. Angst und Angstmache werden zum politischen und  
774 medialen Geschäftsmodell. Die Spaltung der Gesellschaft wird bewusst in Kauf  
775 genommen und vorangetrieben.

## 776 **Vision**

777 Die Europäische Union ist stolz auf ihre lange Tradition in der Aufnahme von  
778 Schutzsuchenden, die nicht zuletzt auch von den Fluchterfahrungen der  
779 europäischen Bevölkerung vor Krieg und Verfolgung durch die totalitären Systeme  
780 des 20. Jahrhunderts tief geprägt ist. Sie begegnet gegenwärtigen und künftigen  
781 Herausforderungen in diesem Bereich mit Solidarität und Vernunft. Das  
782 Asylanspruchsrecht nach Maßgabe der Genfer Konvention und der EU-Grundrechtecharta  
783 auf europäischem Territorium ist ein Recht, das in der Europäischen Union fix  
784 besteht. Die Union bekennt sich zum UN-Flüchtlingspakt.

785 Die Union verfügt über ein gemeinsames Asylsystem mit einheitlichen Standards.  
786 Eine EU-Asylbehörde verwaltet nach einer Grundabklärung in Aufnahmezentren an  
787 der EU-Außengrenze dezentral die Verfahren von Antragstellung bis zur  
788 Entscheidung in den Mitgliedstaaten. Rasche und qualitätsvolle Verfahren sorgen  
789 für Rechtssicherheit und die Einhaltung von völker- und menschenrechtlichen  
790 Verpflichtungen. Personen mit negativem Asylbescheid werden sofort in die  
791 Herkunftsländer zurückgeschickt. Frontex wurde besser ausgestattet und ihr  
792 Mandat der Aufgabe entsprechend erweitert. Gleichzeitig sorgen Schutzzentren in  
793 den Top-Herkunftsstaaten und in allen Staaten entlang den Migrationsrouten  
794 dafür, dass Menschen vor Verfolgung sicher sind und dennoch in ihrer  
795 Herkunftsregion bleiben können.

796 Durch legale Migrationsmöglichkeiten können ausgebildete Fachkräfte und  
797 potentielle Arbeitskräfte in Mangelberufen nach Europa gelangen. Die Union setzt  
798 Maßnahmen um, die einen Brain-Drain in den Herkunftsstaaten verhindern. Durch  
799 ein System von Anreizen werden Fachkräfte ermutigt, nach Ausbildung und  
800 gewonnener Arbeitserfahrung in Europa ihre Kenntnisse auch in ihren  
801 Herkunftsländern einzusetzen.

## 802 **Leitlinien und Maßnahmen**

### 803 **Koalition der Entschlossenen**

804 Wir fordern zeitnahe Lösungen bis es zu einer unionsweiten Realisierung eines  
805 gemeinsamen Asylsystems und einheitlichen Bestimmungen für Rückführungen kommt.

806 Deshalb soll eine Koalition von entschlossenen Staaten unter Beteiligung  
807 Österreichs voran gehen und ein gemeinsames Asylsystem einführen sowie auf  
808 konsequente und zeitnahe Umsetzung von bereits vorhandenen  
809 Kommissionsvorschlägen drängen. Zudem fordern wir eine verstärkte Teilnahme  
810 aller Mitgliedstaaten an freiwilligen Resettlement-Programmen in Zusammenarbeit  
811 mit dem UNHCR.

## 812 **Rasche Umsetzung der Kommissionsvorschläge zur Reform des europäischen** 813 **Asylsystems**

814 Das Maßnahmenpaket der Europäischen Kommission stellt ein dringend benötigtes  
815 Update der aktuellen EU-Rechtslage auf dem Gebiet der Asylpolitik dar und sollte  
816 als erster Schritt so schnell wie möglich umgesetzt werden. Diese im Sommer 2016  
817 vorgelegten sieben Gesetzesvorschläge beinhalten eine umfassende Reform des  
818 europäischen Asylsystems. Sie verfolgen die Ziele, die Aufnahmeverfahren und  
819 Verfahrensregeln zu harmonisieren, europäische Verfahren auf  
820 internationalen Schutz einheitlich, effizient und fair zu gestalten. Außerdem  
821 soll die Aufteilung von Asylwerber\_innen solidarischer erfolgen und  
822 Binnenmigration gestoppt werden. So ist darin etwa auch ein einheitlicher  
823 Arbeitsmarktzugang nach sechs Monaten sowie eine Residenzpflicht für  
824 Asylwerber\_innen vorgesehen. Schutzsuchenden muss es möglich sein, einer  
825 beruflichen Tätigkeit nachzugehen, denn zentraler Schlüssel zur erfolgreichen  
826 Integration ist Beschäftigung.

## 827 **Gemeinsame europäische Asylbehörde mit Grundabklärung an der EU-Außengrenze**

828 Künftige Herausforderungen können nur mit einem gemeinsamen EU-Asylsystem  
829 nachhaltig gelöst werden. Die Schaffung einer europäischen Asylbehörde sorgt  
830 dafür, dass die Standards und Kriterien für die Gewährung von internationalem  
831 Schutz einheitlich sind. Dies bedeutet, dass anstelle der nationalen  
832 Asylbehörden eine europaweite Behörde für das Verfahren von der Antragstellung  
833 bis zur Entscheidung zuständig ist. In Aufnahmezentren an der EU-Außengrenze  
834 soll eine Grundabklärung durchgeführt werden: Schutzsuchende mit hoher  
835 Bleibewahrscheinlichkeit (z.B. aus Kriegsregionen) werden auf die  
836 Mitgliedstaaten verteilt; jene, die aus sicheren Drittstaaten kommen und keinen  
837 Asylgrund glaubhaft machen können, werden in die Herkunftsländer zurückgeführt.

838 Nach positiver Grundabklärung werden die Schutzsuchenden zunächst auf Basis von  
839 freiwillig zur Verfügung gestellten Resettlement-Kontingenten auf die  
840 Mitgliedstaaten verteilt. Sollten diese in Zeiten mit hohen Antragszahlen nicht  
841 ausreichen, tritt automatisch ein Entlastungsschlüssel zur verpflichtenden  
842 Aufteilung in Kraft. Dieser wird anhand von BIP, Bevölkerung und bisher  
843 erbrachten Leistungen in Bezug auf Asylwerber\_innen berechnet, um  
844 Mitgliedstaaten, die bereits viele Personen aufgenommen haben, zu entlasten. Die  
845 Weigerung sich an solch einem gemeinsamen Asylsystem zu beteiligen, kann neben  
846 monetären Konsequenzen den Ausschluss aus dem Schengenraum zur Folge haben  
847 (Schengen 2.0).

## 848 **Rasche Verfahren und konsequente Rückführungen**

849 In den Mitgliedstaaten sollen rasche und qualitätsvolle Verfahren durch die  
850 Außenstellen der gemeinsamen europäischen Asylbehörde für Rechtssicherheit und  
851 die Einhaltung von völker- und menschenrechtlichen Verpflichtungen sorgen. Die  
852 maximale Dauer bis zur zweitinstanzlichen Entscheidung soll 180 Tage betragen.  
853 Bis zur Realisierung der EU-Asylbehörde werden die Verfahren nach einheitlichen  
854 europarechtlichen Standards von den Behörden der Mitgliedstaaten durchgeführt.  
855 Ein negativer Asylbescheid bedeutet: entschlossene Rückführung in die  
856 Herkunftsländer. Wer kein Recht hat zu bleiben, hat die Pflicht zu gehen. Dies  
857 soll durch die konsequente Anordnung der Schubhaft, Förderung der freiwilligen  
858 Rückkehr, sowie den Ausbau von Rückkehrprogrammen erreicht werden.

859 Die EU muss sofort und konsequent den Ausbau von Rückführungsabkommen mit den  
860 wichtigsten Herkunftsländern verstärken. Um deren Abschluss zu ermöglichen,  
861 sollte die Union je nach Verhandlungslage und Erfolgsaussicht Anreize (wie z.B.  
862 Entwicklungshilfeszahlungen, verstärkte Wirtschaftskooperationen, Kontingente für  
863 legale Migration in Form von Arbeitsvisa oder Stipendien) bzw. Druckmittel (wie  
864 z.B. eine strengere Visapolitik) einsetzen. So wird eine gezielte und  
865 kontrollierte Migration und die Einhaltung von völker- und menschenrechtlichen  
866 Verpflichtungen gewährleistet.

#### 867 **Schutzzentren entlang der Hauptmigrationsrouten**

868 Menschen, die sich, aus welchem Grund auch immer, aus ihrem Heimatland auf den  
869 Weg machen, muss die Möglichkeit auf Schutz vor Verfolgung und eine  
870 menschenwürdige Unterbringung gegeben werden. Daher fordern wir vom UNHCR und  
871 der Internationalen Organisation für Migration (IOM) betriebene Schutzzentren in  
872 den Top-Herkunftsstaaten und in allen Staaten entlang der Hauptmigrationsrouten,  
873 damit Menschen dort sicher sind. Gleichzeitig soll es in diesen Zentren die  
874 Möglichkeit geben, Menschen in ihre Herkunftsstaaten rückzuführen, wie dies  
875 bereits jetzt von der IOM gemacht wird. Asylanträge können dort keine gestellt  
876 werden. Auf diese Weise entsteht in den Staaten Nordafrikas kein großer  
877 Migrationsdruck mehr und Länder entlang der Migrationsrouten werden entlastet.

878 ☒ *Fluchtursachenbekämpfung siehe Außenpolitik-Kapitel*

#### 879 **Verbesserung des Außengrenzschutzes**

880 Europa braucht eine echte Grenzschutzbehörde, wie dies zum Teil im am 12.  
881 September 2018 veröffentlichten Vorschlag der EU-Kommission vorgeschlagen wird.  
882 Frontex braucht eigene Mittel (zur Land-, Luft-, und Seeüberwachung), mit denen  
883 der Grenzschutz organisiert wird. Wenn das Frontex-Mandat in diesem Sinne  
884 erweitert wird, muss gleichzeitig die Dublin-Neuverordnung, ein europäisches  
885 Asylsystem und die Zukunft des Schengenraums diskutiert und entschieden werden.  
886 Der Entwurf der neuen Frontex Verordnung fordert konsequenterweise, dass Frontex  
887 in Drittstaaten aktiv werden kann und diese Länder auch (etwa am Westbalkan) bei  
888 Rückführungen unterstützen kann. Diesen Staaten fehlen oft z.B. Flugzeuge,  
889 Menschenrechtsexpert\_innen, etc., um Rückführungen durchzuführen. Für den Ausbau  
890 der Kooperation mit Drittstaaten braucht es verlässliche Abkommen.

891 **Rückkehr- und Chancenprogramme für Menschen mit subsidiärem Schutz sowie**  
892 **Vermeidung von Brain-Drain**

893 Viele Menschen fliehen heute nicht aufgrund von persönlicher Verfolgung, sondern  
894 vor Gewalt im Rahmen eines bewaffneten Konflikts. Diese Menschen erhalten in der  
895 Regel subsidiären Schutz, der grundsätzlich über einzelne Verlängerungen nur für  
896 die Dauer des Konflikts gewährt wird. Viele dieser Flüchtlinge haben in EU-  
897 Mitgliedstaaten vertiefende Ausbildungen abgeschlossen und Wissen gewonnen, das  
898 im Rahmen des Wiederaufbaus dringend benötigt wird. Schutzsuchenden, die bereit  
899 sind, am Ende eines Konflikts für eine Dauer von zwei Jahren freiwillig in ihr  
900 Herkunftsland zurückzukehren, sollen dafür anschließend erleichterte Arbeits-  
901 und Aufenthaltsbedingungen in den EU-Mitgliedstaaten gewährt werden. Ähnliche  
902 Programme soll es für jene Menschen geben, die aufgrund eines akuten  
903 Arbeitskräftemangels legal nach Österreich bzw. in die EU immigrieren. Auch hier  
904 soll eine erleichterte Arbeitserlaubnis mit einer Bereitschaft, das gewonnene  
905 Fachwissen anschließend im Heimatstaat zu nützen, verbunden werden. Bildung und  
906 Know-How sind für uns die stärkste Wirtschafts- und Entwicklungshilfe.

907 **Evaluierung und Reform der Blue Card**

908 Die EU braucht nicht nur hochqualifizierte Facharbeiter, sondern auch andere  
909 Schlüsselkräfte, um in Zukunft wettbewerbsfähig zu bleiben. Daher ist es  
910 notwendig, die europäische Blue Card zu reformieren und zu erweitern. Damit  
911 können wir ein effizientes System erfolgreicher Arbeitsmigration für ganz Europa  
912 schaffen. Es braucht einheitliche Kriterien, Standards und Regeln in allen  
913 Mitgliedstaaten sowie eine gemeinsame Analyse, wie viele Fachkräfte in welchem  
914 Zeitraum und in welchen Branchen und Mitgliedstaaten notwendig sind (EURES  
915 stärken). Die Kriterien für eine Blue Card müssen transparent und leicht  
916 zugänglich sein (etwa ein Online-Register für in Frage kommende Berufe und  
917 Qualifikationen). Durch die Blue Card soll Zugang für qualifizierte  
918 Arbeitskräfte zum gesamten europäischen Arbeitsmarkt geschaffen werden und auch  
919 die Mobilität innerhalb der EU erleichtert werden.

920 **Sicherheit und Verteidigung: Ein starkes Europa,**  
921 **das seine Bevölkerung gemeinsam schützt**  
922 **Herausforderung**

923 Spätestens seit der Krim-Krise und der Wende zur „America First“-Außenpolitik  
924 ist Europa mit neuen sicherheitspolitischen Fragestellungen konfrontiert. Es  
925 entstanden neue Gelegenheiten für andere globale Großmächte, sich (über-  
926 )regionale Vormachtstellungen zu sichern. Partnerschaften, die über Jahrzehnte  
927 stabil bestanden haben, verlieren an Verlässlichkeit. Die neue geopolitisch-  
928 militärische Relevanz Chinas und die Spannungen zwischen Russland und den USA  
929 bzw. der EU haben die außen- und sicherheitspolitischen Anforderungen an Europa  
930 dramatisch erhöht. Andere Mächte, die Europa nicht nur wohlgesinnt sind, haben  
931 gelernt, die europäischen Schwächen schnell zu erkennen und zu ihrem eigenen  
932 Vorteil zu nutzen.

933 Für Europa ist es in diesem internationalen Umfeld von größter Bedeutung, in  
934 Verteidigungs- und Sicherheitsfragen näher zusammenzurücken. Mangelnder

935 politischer Wille, nationale Engstirnigkeit und wenig praktikable  
936 Entscheidungsstrukturen verunmöglichen schnelle Reaktionen der EU. Die  
937 europäischen Staaten – auch Österreich – müssen sich darüber klar werden, wie  
938 viel Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik notwendig ist und welchen  
939 Beitrag sie zur europäischen Verteidigungsarchitektur leisten wollen. Die EU-  
940 Staaten haben zusammen die zweithöchsten militärischen Ausgaben weltweit.  
941 Mangelnde europäische Kooperation belastet nationale Budgets und erbringt nur  
942 einen Bruchteil an möglicher Effektivität: 80 Prozent der Beschaffung und 90  
943 Prozent der Forschung und Entwicklung erfolgen auf nationalstaatlicher Ebene.  
944 Damit drohen wichtige Zukunftsfragen in den Hintergrund zu geraten. Der  
945 militärischen Effizienzsteigerung stehen also immer noch zu geringe  
946 Interoperabilität, wenig Zusammenwachsen der Verteidigungsinfrastruktur, bei der  
947 Ausrüstung und Mobilität entgegen. In Europa gibt es zum Beispiel 20  
948 Flugzeugtypen, in den USA nur sechs. Europas Zugang ist teurer, umständlicher  
949 und erschwert Kooperation unter den Mitgliedstaaten. Auch beim Thema Künstliche  
950 Intelligenz hinkt Europa in Fragen der Regulierung dem Fortschritt hinterher.

951 In den vergangenen Jahren wurden immer wieder Europäer\_innen Opfer von  
952 Terrorismus und extremistischen Attacken. Immer enger verweben sich Netzwerke  
953 organisierter Kriminalität mit dschihadistischen und anderen radikalen,  
954 gewaltbereiten Gruppierungen. Gleichzeitig häufen sich Fälle von  
955 nationalistischer, rassistischer und religiös motivierter Gewalt, die eine  
956 Gefahr für das friedliche Zusammenleben von allen in Europa lebenden Menschen  
957 darstellen.

958 Im Bereich des organisierten Verbrechens sind Cybercrimes aller Art, sowie  
959 Menschen-, Drogen- und Waffenschmuggel auf dem Vormarsch. Zudem häufen sich  
960 Geldwäsche, Dokumentenfälschung und Umweltverbrechen.

961 Die schnelle Vervielfältigung bestimmter Bedrohungen verlangt nach weiteren  
962 Integrationsschritten im Sicherheitsbereich. Die Herausforderung besteht darin,  
963 nicht nur Daten zu sammeln, sondern diese auch effektiv zu analysieren, an  
964 relevante Organe zu verteilen, Risiken vorherzusehen und schnell zu reagieren.

965 Die durch mangelnde Kooperation innerhalb der EU bedingte Anfälligkeit für  
966 hybride Bedrohungen gewinnt immer mehr an Relevanz. Staatliche und nicht-  
967 staatliche Akteure verwenden Desinformationskampagnen, Terroranschläge,  
968 Einflussnahme im Energiesektor, Cyberangriffe, aber auch Spionage, Korruption  
969 und anderen Maßnahmen, um das Vertrauen in demokratische Institutionen zu  
970 untergraben und Europa so zu schwächen.

## 971 **Vision**

972 Die Europäische Union ist ein schnell und flexibel handlungsfähiger Akteur, der  
973 seine Entscheidungen im Sicherheits- und Verteidigungsbereich auf Basis des  
974 internationalen Rechts und der in den Verträgen festgelegten europäischen Werte  
975 trifft. Das gilt für das militärische Eingreifen in gewaltsame Konflikte genauso  
976 wie für ziviles globales Krisenmanagement. Europa trägt dazu bei, die globale  
977 Sicherheit zu stärken und schützt seine Bevölkerung. Als verlässlicher Partner  
978 gleichgesinnter Staaten und internationaler Organisationen agiert eine

979 selbstbewusste Union sicherheitspolitisch unabhängig, aber in enger  
980 Zusammenarbeit mit globalen Partnern und spricht dabei mit einer Stimme.

981 Europa begegnet Bedrohungen mit einer starken Gemeinsamen Sicherheits- und  
982 Verteidigungspolitik (GSVP), die gegenüber rasanten geopolitischen,  
983 technologischen und gesellschaftlichen Veränderungen Anpassungsfähigkeit  
984 beweist. Statt die Augen vor den rasanten Entwicklungen im Sicherheitsbereich zu  
985 verschließen, greift Europa neue technologische Ansätze und Prozesse, die Erfolg  
986 versprechen, schnell auf und ermutigt enge Zusammenarbeit zwischen Entwicklern  
987 und Regulatoren. Damit wird eine schnelle Anpassung des europäischen Rechts an  
988 neu entstehende Umstände gewährleistet.

989 Die Analyse von gegenwärtigen und zukünftigen Bedrohungen erfolgt gemeinsam. Im  
990 Bereich der Vernetzung von Informations- und Nachrichtendiensten setzt die EU  
991 auf vertrauensbildende Maßnahmen und gemeinsame Standards. Europa schafft die  
992 notwendigen Rahmenbedingungen für einen gemeinsamen Nachrichten- bzw.  
993 Geheimdienst. Die Union gibt Europol ein den Herausforderungen angemessenes  
994 Mandat für grenzübergreifende Ermittlungen.

995 Die Union setzt weitere Integrationschritte im Bereich Verteidigung und  
996 Sicherheit um. An deren Ende steht eine europäische Verteidigung mit einer  
997 gemeinsamen Europäischen Armee. Dabei kommt der Kooperation mit der NATO große  
998 Bedeutung zu.

## 999 **Leitlinien und Maßnahmen**

### 1000 **Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips**

1001 Im Sinne der Subsidiarität lässt sich das Thema Sicherheit und Verteidigung klar  
1002 als einer jener Bereiche identifizieren, bei denen die Union effektiver und  
1003 effizienter sein kann als die einzelnen EU-Mitgliedstaaten. Im Bereich der  
1004 Durchführung von Maßnahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)  
1005 und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) müssen  
1006 Entscheidungen auf EU-Ebene im Ministerrat immer noch einstimmig beschlossen  
1007 werden. Dieses Prinzip soll abgeschafft werden. Stattdessen soll per  
1008 qualifizierter Mehrheit (55 Prozent der Mitgliedstaaten und 65 Prozent der  
1009 Einwohner\_innen) entschieden werden. Als Zwischenschritt wäre es denkbar, die  
1010 Anwendung des Einstimmigkeitsprinzips im Bereich der GASP/GSVP-Durchführung  
1011 zumindest einzuschränken, mit dem Ziel, es mittelfristig ganz durch das Prinzip  
1012 der qualifizierten Mehrheit zu ersetzen.

### 1013 **Schritt für Schritt zu einer Europäischen Armee**

1014 Je stärker das politische Vertrauen, desto enger die militärischen  
1015 Kooperationschancen zwischen den Mitgliedstaaten. Alle innereuropäisch  
1016 bestehenden Harmonisierungs- und Integrationsmöglichkeiten im Sicherheits- und  
1017 Verteidigungsbereich sind voll auszunutzen. Dringend ist unter anderem eine  
1018 gemeinsame und gemeinsam finanzierte Sicherung des europäischen Luftraums, die  
1019 etwa die Anschaffung von eigenen österreichischen Abfangjägern überflüssig  
1020 machen würde. Es braucht Schritte in Richtung einer europäischen Integration der  
1021 Kommandostrukturen bei EU-Missionen. Langfristig ist eine Europäische Armee

1022 unter gemeinsamem Oberbefehl und parlamentarischer Kontrolle das Ziel, um die  
1023 europäische Souveränität zu jedem Zeitpunkt sichern und verteidigen zu können.  
1024 Zu allererst ist die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) im Bereich  
1025 Verteidigung über eine Liste mit nationalstaatlich vorangetriebenen Projekten  
1026 hinaus auszuweiten. In den nächsten Jahren sollen echte europäische Projekte  
1027 dazu kommen, die einen europäischen Mehrwert generieren und nicht nur die  
1028 Präferenzen nationalstaatlicher Rüstungskonzerne widerspiegeln.

#### 1029 **Gemeinsame Beschaffung und Nutzung von militärischer Ausrüstung**

1030 Wir setzen uns für Initiativen zur gemeinsamen Beschaffung, Finanzierung und  
1031 Nutzung von militärischer Ausrüstung ein, um Verteidigungsbudgets zu schonen und  
1032 eine Spezialisierung der einzelnen Mitgliedstaaten voranzutreiben bzw. eine  
1033 sinnvolle Aufgabenteilung im Verteidigungsbereich zu erreichen. Die Europäische  
1034 Kommission präsentierte einen Aktionsplan zur Verbesserung der militärischen  
1035 Mobilität in Europa. Dieser muss rasch umgesetzt werden. Damit können wir  
1036 sicherstellen, dass die europäischen Straßen- und Bahnnetze auch auf die  
1037 Bedürfnisse militärischer Mobilität angepasst werden. Gleichzeitig sollen  
1038 nationale Regeln zum schnellen grenzüberschreitenden Transport militärischer  
1039 Güter und militärischen Personals vereinfacht und harmonisiert werden.

#### 1040 **Fokussierung von Forschung und Entwicklung auf europäischer Ebene**

1041 Seit 2010 betragen die jährlichen Ausgaben für gemeinschaftliche Forschung und  
1042 Technologie im Verteidigungsbereich in Europa weniger als 200 Mio Euro jährlich.  
1043 Die Kommission hat einen Gesetzesvorschlag für den Zeitraum 2021 bis 2027 über  
1044 die Errichtung eines Europäischen Verteidigungsfonds, der mit 13 Mrd Euro  
1045 dotiert sein soll, gemacht. Um international mithalten zu können, ist es  
1046 notwendig, Know-How und finanzielle Mittel im Bereich Forschung und Entwicklung  
1047 noch mehr zu bündeln. Die Europäische Union muss rechtzeitig beginnen, sich in  
1048 jedem Bereich mit Künstlicher Intelligenz zu beschäftigen, besonders mit ihren  
1049 möglichen Auswirkungen auf die europäische Sicherheitslage. Eine frühe  
1050 gemeinsame Nutzen- und Risikoabschätzung von Künstlicher Intelligenz im  
1051 Sicherheits- und Verteidigungsbereich ist unbedingt notwendig.

#### 1052 **Verteidigungs- und Sicherheitskooperation mit der europäischen Nachbarschaft und 1053 mit der NATO-Partnership for Peace**

1054 Die Sicherheitslage in Europa ist abhängig von der Sicherheitslage in der  
1055 unmittelbaren und mittelbaren Nachbarschaft. Es ist daher notwendig, im  
1056 Sicherheitsbereich so eng wie möglich mit den Nachbarstaaten zu kooperieren.  
1057 Dies gilt vor allem auch mit der NATO-Partnership for Peace. Weiters sollen  
1058 Kooperationen wie PESCO auch für die Staaten des Westbalkans eine Möglichkeit  
1059 der Mitwirkung enthalten. Dies ermöglicht es, gegenwärtige und potenzielle  
1060 Beitrittskandidaten auf die Arbeitsweisen der Union im Verteidigungsbereich  
1061 heranzuführen und Doppelgleisigkeiten zu vermeiden. Wir streben eine engere  
1062 Kooperation der Westbalkanstaaten mit Europol an, um den Kampf gegen das  
1063 organisierte Verbrechen voranzutreiben.

#### 1064 **Zusammenarbeit der Nachrichtendienste**

1065 Noch immer denkt Europa im Bereich der Nachrichtendienste in nationalen  
1066 Strukturen, die sich bisher nur beschränkt miteinander austauschen. Es gibt zwar  
1067 Teilbereiche, in denen wir als Union übergreifende Netzwerke zu bauen beginnen,  
1068 doch sind wir immer noch nicht wirklich eng verbunden. Auf europäischer Ebene  
1069 muss deshalb ein eigener Nachrichtendienst geschaffen werden, der dem  
1070 Europäischen Parlament verantwortlich ist. Eine Europäische Armee, die früher  
1071 oder später in Europa Realität sein wird, ist ohne einen Nachrichtendienst  
1072 blind. Gleichzeitig braucht ein solcher starke Kontrolle, die eine schnelle  
1073 Schadensbegrenzung ermöglicht, sollte ein Staat an den Werten der liberalen  
1074 Demokratie rütteln und drohen, seinen Zugang zu Informationen zu missbrauchen.

### 1075 **Mehr Mittel und finanzielle Flexibilität für Europol**

1076 Europol braucht mehr finanzielle Mittel, um auf bekannte und neue  
1077 Herausforderungen im Sicherheitsbereich schnell reagieren zu können. Anders als  
1078 bei Frontex hat man bei Europol noch die Chance, die Agentur bereits im Vorfeld  
1079 künftiger Aufgaben mit ausreichend Mittel auszustatten. Außerdem fordern wir,  
1080 das Ein-Jahres-Budget abzuschaffen. Gegenwärtig gilt für Europol nämlich die  
1081 Regel, dass das Budget des jeweiligen Jahres bis exakt zum Jahresende  
1082 vollständig ausgegeben werden muss. Somit kann Europol in "ruhigeren" Zeiten  
1083 keinerlei Reserven bilden, um gegebenenfalls rasch auf neue Entwicklungen  
1084 reagieren zu können. Hier setzen wir uns für mehr Flexibilität im Sinne der  
1085 europäischen Sicherheit ein.

### 1086 **Investition in die Widerstandsfähigkeit unserer Gesellschaft gegen hybride** 1087 **Bedrohungen**

1088 Hybride Bedrohung meint im Sicherheitskontext vereinfacht gesagt eine Situation,  
1089 in der ein Staat oder ein nicht-staatlicher Akteur sich einer Vielzahl an  
1090 legalen und illegalen, an militärischen und nicht-militärischen Methoden  
1091 bedient, um seinen Einfluss zu vergrößern. Nur eine widerstandsfähige  
1092 Gesellschaft ist eine wirkungsvolle Antwort auf hybride Bedrohungen. Wir  
1093 brauchen eine gut trainierte Polizei, starke Anti-Korruptionsbehörden,  
1094 Transparenz im Energiesektor und bei der Parteienfinanzierung, aber auch  
1095 unabhängige und finanziell stabile Medien und gut informierte, kritische  
1096 Bürger\_innen. Hybride Methoden zielen in erster Linie auf Gesellschaften und die  
1097 Mentalität der Bürger\_innen, auf ihre Ängste, Unsicherheit und ihr Vertrauen.  
1098 Wir wollen hybride Methoden, die auf die Union angewendet werden, öffentlich  
1099 diskutieren, in Medienkompetenz und strategische Kommunikation als Mittel gegen  
1100 feindselige Propaganda investieren und entschlossen gegen Versuche, die Union zu  
1101 spalten und zu schwächen, vorgehen. Dies soll nicht durch eine zentrale Instanz,  
1102 sondern durch die Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen geschehen.

### 1103 **Verbesserung des Außengrenzschatzes (siehe Papier Asyl & Migration)**

## 1104 **Digitalisierung: Ein innovatives Europa der** 1105 **Chancen** 1106 **Herausforderung**

1107 Forschung und Entwicklung sind wesentliche Motoren für Innovation, Wirtschaft

1108 und Wettbewerbsfähigkeit und damit unabdingbar für die zukünftige Absicherung  
1109 unseres Wohlstands. Die EU hinkt bei den Forschungsinvestitionen Nordamerika und  
1110 asiatischen Staaten hinterher und droht, im globalen Wettbewerb noch stärker  
1111 abgehängt zu werden. Das gemeinsame Ziel einer EU-weiten Forschungsquote von 3  
1112 Prozent des BIPs liegt noch in weiter Ferne. Während Österreich neben Schweden,  
1113 Deutschland und Dänemark in Europa zu den Spitzenreitern zählt, schaffen neue  
1114 Mitgliedstaaten den Anschluss nicht und haben mit stagnierenden Budgets und  
1115 Brain-Drain zu kämpfen. Die EU hat in der Vergangenheit wichtige internationale  
1116 Großforschungsprojekte auf den Weg gebracht. Diese sind budgetär eine bedeutende  
1117 Herausforderung und müssen nicht in Jahren, sondern Jahrzehnten gedacht werden.

1118 Im Vergleich zu anderen Kapitalmärkten – wie den USA und Israel – schafft Europa  
1119 es nicht, im gleichen Ausmaß Risikokapital bereitzustellen. Die Möglichkeiten  
1120 des Europäischen Investment Fonds werden nicht ausreichend genutzt und die  
1121 Vernetzung mit Forschungsrahmenprogrammen der EU steckt noch in den  
1122 Kinderschuhen.

1123 Das gemeinsame europäische Wettbewerbsrecht ist eines der stärksten und  
1124 effektivsten Werkzeuge der EU am gemeinsamen Binnenmarkt. Für den digitalen  
1125 Binnenmarkt und die Datenwirtschaft braucht es eine Anpassung, die den Wert von  
1126 Daten und den Umgang mit ihnen als wichtigste Ressource der Zukunft  
1127 berücksichtigt.

1128 In vielen Gebieten Europas mangelt es nach wie vor an einem sicheren Zugang zu  
1129 schnellem Internet. Der Infrastrukturausbau ist Angelegenheit der einzelnen  
1130 Mitgliedstaaten und leider vielerorts ins Stocken geraten. Dies verursacht  
1131 erhebliche Kosten und stellt eine zusätzliche Barriere im freien Datenfluss dar  
1132 und steht damit gerade in strukturschwachen Regionen der Innovation und  
1133 Weiterentwicklung im Weg.

1134 Rechtsunsicherheiten und Durchsetzungsdefizite von geltendem Recht in Bezug auf  
1135 neue Technologien und Geschäftsmodelle (z.B. Fintech, Blockchain, Künstliche  
1136 Intelligenz oder Genome Editing) stellen eine weitere Hürde für  
1137 gesamteuropäische Innovationen dar. Einige große Unternehmen haben sich in einem  
1138 quasi-rechtsfreien Raum Vorteile verschafft, während Startups oft an  
1139 kleinlichen, nationalen Vorschriften scheitern. Entscheidungsträger\_innen  
1140 verstehen oft nicht, wie disruptive Technologien funktionieren. Neue und  
1141 kurzsichtige Gesetze bergen die Gefahr der Überregulierung und hemmen  
1142 Investitionen und Innovation. Die schwierige politische Aufgabe besteht darin,  
1143 die potenziell negativen Auswirkungen solcher Technologien abzufangen und  
1144 gleichzeitig das Innovationspotenzial in Forschung und Entwicklung voll zu  
1145 nutzen.

## 1146 **Vision**

1147 Die Europäische Union ist der Kontinent der Gründer\_innen und damit  
1148 innovativster Wirtschaftsraum der Welt. Anstatt Innovation mit  
1149 nationalstaatlichen Alleingängen zu behindern, gestalten die Mitgliedstaaten die  
1150 Digitalisierung aktiv. Bürokratische Hürden sind weitgehend abgebaut. Für neue

1151 Technologien gibt es klare und einheitliche Regeln, die einen sinnvollen Einsatz  
1152 ermöglichen.

1153 Der europäische Hochschul- und Forschungsraum gewinnt weiter an Bedeutung. Er  
1154 zeichnet sich durch hohe Durchlässigkeit und Mobilität der Forscher\_innen und  
1155 Studierenden aus. In einer Vielzahl der Mitgliedstaaten gibt es ausgezeichnete  
1156 Forschungs- und Lehrinstitutionen. Das 3-Prozent-Ziel für die Forschungs- und  
1157 Entwicklungsgelder wird erreicht und die Finanzierung auf sichere Beine  
1158 gestellt. Es gibt eine bessere Verzahnung von Forschung und Entwicklung mit  
1159 internationalen Geldgeber\_innen und Unternehmen. Dadurch kann Europa auch im  
1160 Wettbewerb um die besten Köpfe bestehen.

1161 Durch die Anziehung von Risikokapital, das neue Wettbewerbsrecht und effektive  
1162 und vorausschauende Regulierungen können nachhaltige und innovative  
1163 Wirtschaftszweige in Europa angesiedelt werden. Der Infrastrukturausbau verhilft  
1164 allen Regionen zu Profiteuren der Digitalisierung zu werden.

## 1165 **Leitlinien und Maßnahmen**

### 1166 **Deutliche Erhöhung des Forschungsbudgets und neue europäische** 1167 **Großforschungsprojekte**

1168 Wir fordern eine weitere Stärkung des europäischen Hochschul- und  
1169 Forschungsraums durch eine Erhöhung des Budgets für „Horizon Europe“ auf 110 Mrd  
1170 Euro und eine Verdoppelung des Erasmus-Budgets auf 30 Mrd Euro, wie von der  
1171 Kommission vorgeschlagen. Die Schwerpunkte müssen auf einer verstärkten  
1172 Durchlässigkeit und vereinfachten Mobilität von Studierenden und Forscher\_innen  
1173 und der besseren Verschränkung von Forschung und Industrie liegen. Außerdem  
1174 müssen neue gesamteuropäische Großforschungsprojekte auf den Weg gebracht und  
1175 mit angemessener Finanzierung ausgestattet werden. Sie sollen Leuchtturmprojekte  
1176 im Bereich der internationalen und kooperativen Forschung darstellen.

### 1177 **Mehr Risikokapital für Forschung und Innovation**

1178 Der Europäische Investmentfonds (EIF) muss in seiner Arbeit gestärkt werden und  
1179 mehr Flexibilität bekommen. Auf nationaler Ebene sollen Anreize für Stiftungen  
1180 und Pensionsfonds geschaffen werden, um das Potential des europäischen Venture  
1181 Capital-Markts zu heben. Es muss einfachere und klarere Regeln auf  
1182 gesamteuropäischer Ebene geben. Es braucht den Beschluss einer Initiative  
1183 „Invest in Europe“, um – in Kooperation mit den Nationalstaaten und Regionen –  
1184 nachhaltige und zukunftssträchtige Wirtschaftszweige in Europa anzusiedeln.  
1185 Europäisches und internationales Risikokapital soll durch attraktive,  
1186 einheitliche Steuerbegünstigungen für Investitionen in forschungsorientierte  
1187 Unternehmensneugründungen und Innovationsprojekte angezogen werden. Die  
1188 Europäische Investitionsbank soll *R&D-Bonds* auflegen, die zusätzlich für  
1189 ausreichende Finanzierung innovativer Unternehmen sorgen. Der Vorschlag der  
1190 Kommission bezüglich Einrichtung eines European Innovation Council soll  
1191 vollständig umgesetzt werden.

### 1192 **Stärkung der Hochschul- und Forschungsinfrastruktur in den jüngsten EU-** 1193 **Mitgliedstaaten**

1194 Durch gezielten Einsatz von Mitteln aus den Strukturfonds sowie Teaming und  
1195 Twinning mit Top-Institutionen wollen wir Forschungs- und Bildungseinrichtungen  
1196 in weniger entwickelten Regionen stärken. Das Entwicklungspotenzial von  
1197 Universitäten in neuen EU-Mitgliedstaaten soll bei der Vergabe von  
1198 Forschungsgeldern berücksichtigt werden.

### 1199 **Neues europäisches Wettbewerbsrecht**

1200 Damit die europäische Wettbewerbspolitik stärker werden kann, muss sie sich  
1201 weiterentwickeln. Es ist entscheidend, dass Kriterien zur Betrachtung der  
1202 Marktmacht nicht ausschließlich durch betriebswirtschaftliche Größen (z.B.  
1203 Umsatz) festgemacht werden, sondern auch durch eine Konzentration von neuen  
1204 Daten und Informationen (den "neuen Rohstoffen"). So wie im 19. Jahrhundert  
1205 ausgefeilte Regeln für geistiges Eigentum formuliert wurden, bedarf es neuer  
1206 Gesetze, um den Besitz und den Austausch von Daten zu regeln, um den Einzelnen  
1207 solide Rechte zu verleihen. Wettbewerbshüter sollen Fusionen genau prüfen, um  
1208 Innovationen durch einen freien Markt auch bei digitalen Angeboten zu schützen.

### 1209 **Ausbau der digitalen Infrastruktur**

1210 Der europaweite Ausbau der digitalen Infrastruktur soll Innovationen in allen  
1211 Regionen fördern. Intelligente Spezialisierung ist bereits jetzt ein wichtiger  
1212 Bestandteil der Kohäsionspolitik 2014-2020. Im nächsten Mehrjährigen  
1213 Finanzrahmen (MFR) soll die Förderung von Digitalisierungsmaßnahmen und  
1214 Innovationen zur regionalen Entwicklung verstärkt Niederschlag finden. Damit  
1215 alle Regionen gleichermaßen von der Digitalisierung profitieren, braucht es eine  
1216 flächendeckende Verfügbarkeit von ultraschnellen Internetzugängen in ganz  
1217 Europa. Außerdem soll der Kommissionsvorschlag zur Schaffung eines europäischen  
1218 Daten-Binnenmarkts umgesetzt werden, der nationale Regeln zur lokalen  
1219 Speicherung ersetzt.

### 1220 **Vorausschauende Regulierungen für disruptive Technologien**

1221 Es braucht eine gesamteuropäische Initiative für die vorausschauende Regulierung  
1222 disruptiver Technologien, um das volle Innovationspotential nutzen zu können und  
1223 möglichst gute Rahmenbedingungen für Investor\_innen und Forscher\_innen zu  
1224 schaffen. Dazu sollen auf europäischer Ebene so schnell wie möglich sogenannte  
1225 *regulatory sandboxes* geschaffen werden, in denen Unternehmen und Politik  
1226 gemeinsam Erfahrungen mit neuen Technologien sammeln können. Regulierungen  
1227 müssen flexibel genug gestaltet werden, dass sie auf möglichst viele  
1228 Technologien effektiv angewendet werden können und nicht bereits vom  
1229 technologischen Fortschritt überholt worden sind, wenn sie in Kraft treten, .

### 1230 **Verantwortungsbewusste Nutzung der Blockchaintechnologie**

1231 Europa muss in der Verwendung der Blockchaintechnologie zum Vorreiter werden, um  
1232 sich seinen Platz in der digitalen Welt zu sichern. Rechtsunsicherheit rund um  
1233 die Bereiche Blockchains, Smart Contracts, Kryptowährungen, Initial Coin  
1234 Offerings (ICOs), Security Token Offerings (STOs) und Dezentrale Autonome  
1235 Organisationen (DAOs) beendet muss werden. Für private Investor\_innen und

1236 Unternehmer\_innen müssen europaweit klare Regeln und Möglichkeiten geschaffen  
1237 werden. Gerade im öffentlichen Bereich gibt es eine Vielzahl von  
1238 Anwendungsbereichen für Blockchains. Die europäische Bürokratie könnte hier in  
1239 der Anwendung zum Vorreiter werden und die Weiterentwicklung und  
1240 Effizienzsteigerung von Verwaltungssystemen in der gesamten Union vorantreiben.

#### 1241 **Fortschritt durch künstliche Intelligenz (KI)**

1242 Wir fordern eine bessere Koordination und das Teilen von Best-Practices beim  
1243 Thema KI, insbesondere in den Bereichen Forschung, Entwicklung von Talenten,  
1244 Zukunft der Arbeit, Industrie und Verwaltung, Inklusion, Ethik, Daten und  
1245 digitale Infrastruktur. KI macht unser Leben bereits jetzt leichter. Mit den  
1246 richtigen Richtlinien können wir auf eine Zukunft mit KI-Systemen hinarbeiten,  
1247 von der alle profitieren.

### 1248 **Arbeit und Soziales: Ein gemeinsamer** 1249 **Arbeitsmarkt schafft europäische Perspektiven** 1250 **Herausforderung**

1251 Die Arbeitswelt ist im Umbruch. Durch die Digitalisierung verändern sich  
1252 Berufsbilder und wirtschaftliche Abläufe. Die Arbeit wird durch den  
1253 technologischen Fortschritt unabhängiger vom Aufenthaltsort der Menschen.  
1254 Gleichzeitig gibt der gemeinsame Binnenmarkt Arbeitnehmer\_innen die Möglichkeit,  
1255 grenzüberschreitend in Unternehmen eingesetzt zu werden. Viele  
1256 Arbeitnehmer\_innen kommen mit diesem Wandel schlecht zurecht. Es zeigt sich  
1257 auch, dass die Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt und die sozialen  
1258 Institutionen diesem Wandel noch nicht genug Rechnung tragen.

1259 Neue Technologien erfordern eine Veränderung von (Aus-)Bildungs- und  
1260 Lernangeboten. Lebenslanges Lernen und das Erwerben von vielseitigen Kompetenzen  
1261 werden immer wichtiger. Die Arbeitnehmer\_innen der Zukunft müssen sich auf sich  
1262 ständig ändernde Anforderungen einstellen und fit für die Digitalisierung  
1263 gemacht werden, damit ganz Europa von Innovation profitieren kann.

1264 Wer in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union arbeiten möchte, ist  
1265 noch immer mit zahlreichen bürokratischen Hürden konfrontiert. Vielfach ist  
1266 unklar, wo welche Abschlüsse und Ausbildungen anerkannt werden oder ob der  
1267 Erwerb von Sprachkenntnissen gefördert wird. Sozialsysteme sind nicht immer gut  
1268 auf einander abgestimmt oder verständlich. Es gibt komplexe Regelungssysteme und  
1269 Versicherungsregime, die verschiedene Personengruppen unterschiedlich behandeln.  
1270 Dies führt oft zu großer Unsicherheit bei Übertritten von Arbeitnehmer\_innen von  
1271 einem in ein anderes Sozialsystem. Sozialversicherungsrecht und Aufenthaltsrecht  
1272 werden nicht zusammen gedacht und erarbeitet. Für den/die Einzelne\_n mangelt es  
1273 an Transparenz bezüglich bereits erworbener Versicherungs-/Beitragsleistungen  
1274 (z.B. Pensionen) im gesamten EU-Gebiet. Das macht es häufig schwierig, in einem  
1275 anderen Mitgliedstaat Fuß zu fassen.

1276 Nicht alle sehen Chancen in einem gemeinsamen Arbeitsmarkt und der damit  
1277 verbundenen höheren Mobilität der Arbeitnehmer\_innen. Diese ruft auch  
1278 Protektionist\_innen und Nationalist\_innen auf den Plan. Die

1279 Arbeitnehmerfreizügigkeit – und damit eine der Grundfreiheiten der Europäischen  
1280 Union – gerät zunehmend unter Druck. Für viele Unionsbürger\_innen gibt es keine  
1281 Beratungsstellen, keine Lobby und oft keine Möglichkeit, unbürokratisch  
1282 Hilfestellungen zu erhalten, wenn sie in einem Mitgliedstaat diskriminiert  
1283 werden und das obwohl sie am Papier die gleichen Rechte genießen.

1284 Die Arbeitsmarktsituationen innerhalb der Europäischen Union sind noch immer  
1285 höchst unterschiedlich. In manchen Staaten der EU ist die Jugendarbeitslosigkeit  
1286 so hoch wie noch nie. Dieses Ungleichgewicht zwischen den Mitgliedstaaten  
1287 schadet auf Dauer der gesamten EU und raubt vielen Jugendlichen die Zukunft.  
1288 Gerade die Unterschiede bei der Jugendarbeitslosigkeit sind Ausdruck  
1289 höchstunterschiedlicher (Ausbildungs-)Systeme und ökonomischer Entwicklungen im  
1290 Zuge der Finanzkrise. Ein gemeinsamer Arbeitsmarkt mit hoher Mobilität von  
1291 jungen, motivierten Arbeitskräften ist aufgrund verschiedener institutioneller  
1292 und anderer Hürden nicht erkennbar.

## 1293 **Vision**

1294 Innerhalb des Europäischen Binnenmarkts gibt es einen funktionierenden  
1295 gemeinsamen Arbeitsmarkt. In der Europäischen Union ist die Mobilität von  
1296 Arbeitnehmer\_innen problemlos geworden. Aus diesem Grund werden, unabhängig von  
1297 der Art der Ausbildung, Sprachkenntnisse stärker vermittelt. Nationale  
1298 Bildungssysteme bilden in den Lehrplänen die neuen Anforderungen des  
1299 Arbeitsmarktes ab. Für Ausbildungen gibt es einheitliche Standards. Die  
1300 Anerkennung funktioniert leicht und unbürokratisch.

1301 EU-Bürger\_innen, die in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union  
1302 arbeiten, haben Zugang zu Beratungsstellen und bekommen rasch Hilfe, wenn sie  
1303 diese brauchen. Austauschprogramme wie Erasmus werden ausgebaut. Alle jungen  
1304 Menschen haben die Möglichkeit, während ihrer Ausbildung in andere EU-  
1305 Mitgliedstaaten zu gehen und dort zu lernen. Insbesondere für Lehrlinge sind  
1306 diese Möglichkeiten gut ausgebaut. Damit werden Blockaden in den Köpfen gelöst  
1307 und Perspektiven geschaffen, die schlussendlich zu einer engeren Union führen.

1308 Jobsuche und Bewerbung sowie An- und Abmeldung bei unterschiedlichen  
1309 Sozialversicherungsträgern sind unbürokratisch möglich. Es gibt treffsichere,  
1310 transparente und flexible soziale Sicherungssysteme, die neue Formen des  
1311 Arbeitens und der Mobilität abdecken. Versicherungs- und Pensionszeiten werden  
1312 automatisch angerechnet, die Kooperation zwischen verschiedenen nationalen  
1313 Behörden ist weitgehend automatisiert.

1314 Sämtliche Ansprüche sind in einem zentralen europäischen Pensionskonto abrufbar.  
1315 Gleichzeitig werden auf den nationalen Konten (in Österreich: "Pensionskonto")  
1316 Ansprüche aus dem EU-Ausland angezeigt.

1317 Sozialleistungen werden im Sinne der Subsidiarität nach wie vor auf nationaler  
1318 Ebene geregelt. Dort, wo es notwendig ist, werden europaweite Mindeststandards  
1319 gesetzt. Es gibt jedoch besseren Datenaustausch und -abgleich und Vernetzung  
1320 zwischen den nationalstaatlichen Behörden, was den Zugang zu Sozialleistungen  
1321 für Unionsbürger\_innen einfacher macht.

## 1322 **Leitlinien und Maßnahmen**

### 1323 **Ausbau von Mobilitätsprogrammen und Sprachkenntnissen**

1324 Erasmus ist eine echte europäische Erfolgsgeschichte. Um die Mobilität von  
1325 Unionsbürger\_innen zu erhöhen und den europäischen Arbeitsmarkt zu stärken,  
1326 müssen zuerst Barrieren in den Köpfen der Menschen abgebaut werden. Es ist daher  
1327 notwendig, Austausch- und Mobilitätsprogramme voranzutreiben und auszubauen.  
1328 Insbesondere im Bereich der Schulen, der Lehrausbildung und anderen nicht  
1329 universitären Bereichen soll ein Austausch stärker in den Vordergrund rücken.  
1330 Ebenso wichtig ist der Erwerb von Sprachkenntnissen, die als maßgebliche  
1331 Qualifikation auf einem europäischen Arbeitsmarkt gefragt sind. Die Sprache gibt  
1332 den Menschen das Werkzeug in die Hand, auf dem Arbeitsmarkt zu partizipieren und  
1333 erfolgreich zu sein.

### 1334 **Leichtere und zentrale Anerkennung von Ausbildung und Vorbildung**

1335 Insbesondere in Bereichen, in denen die innereuropäische Mobilität besonders  
1336 hoch ist, müssen die nationalen Ausbildungen und Fähigkeiten europaweit leichter  
1337 anrechenbar und nachweisbar sein. Beispielsweise muss im Gesundheits- und  
1338 Pflegebereich der Nationale Qualifikationsrahmen an den Europäischen  
1339 Qualifikationsrahmen angeglichen werden. Nach dem Vorbild des österreichischen  
1340 Gesundheitsberuferegister sollen in einer europaweit zentralen Datenbank  
1341 standardisierte Ausbildungsnachweise gespeichert werden können.

### 1342 **Export des österreichischen Erfolgsmodells der „dualen Ausbildung“**

1343 Die österreichische duale Ausbildung (Lehre) ist ein Erfolgsmodell und wirkt  
1344 sich positiv auf die Jugendbeschäftigung aus. Die kombinierte Berufsausbildung  
1345 in einem Betrieb und in der Berufsschule muss auch in andere EU-Staaten  
1346 exportiert werden. Österreich kann damit innerhalb der EU mit Know-How und  
1347 Wissenstransfer punkten und einen Beitrag dazu leisten, die  
1348 Jugendarbeitslosigkeit in der EU zu senken. Gleichzeitig können dadurch  
1349 wirtschaftliche Kontakte geknüpft und vertieft werden, um beispielsweise  
1350 dringend benötigte Fachkräfte nach Österreich zu holen.

### 1351 **Auf- und Ausbau von Beratungsstellen für Expats**

1352 Beratungsstellen für Unionsbürger\_innen in Mitgliedstaaten sollen ausgebaut  
1353 werden, der existierende Dienst "SOLVIT" ist viel zu wenig bekannt. EU-  
1354 Bürger\_innen haben selten eine Interessensvertretung in den jeweiligen Ländern.  
1355 Vor dem Gesetz sind sie in den meisten Belangen gleichgestellt. Kommt es dennoch  
1356 zu Problemen oder Diskriminierung, gibt es wenig Hilfestellung. Es braucht also  
1357 nicht nur einen Bürokratieabbau, sondern gleichzeitig auch unbürokratische  
1358 Hilfestellung bei Problemfällen, um europäisches Recht auch in der Praxis und  
1359 nicht nur am Papier zu gewährleisten.

### 1360 **Einführung einer europäischen Sozialversicherungsnummer**

1361 Wir fordern die Einführung einer europäischen Sozialversicherungsnummer. Ein  
1362 gemeinsames System erleichtert es, Daten aus unterschiedlichen Mitgliedstaaten  
1363 rasch und unbürokratisch dort zur Hand zu haben, wo Erwerbstätige einen Antrag

1364 auf eine Leistung stellen. Die Daten werden von den jeweiligen Mitgliedstaaten,  
1365 in denen gerade gearbeitet wird, gesammelt und die Versicherungszeiten  
1366 sämtlicher Pflichtversicherungen (Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung,  
1367 Pensionsversicherung, Unfallversicherung etc.) gespeichert. Somit können sie im  
1368 Bedarfsfall über die europäische Sozialversicherung gesammelt, abgerufen und  
1369 verwendet werden. Dies erleichtert Mobilität innerhalb der Europäischen Union  
1370 und ist ein Schritt hin zu einem gemeinsamen europäischen Arbeitsmarkt, der auf  
1371 Angebot und Nachfrage basiert. Ein Pensionsantritt soll, unabhängig davon, in  
1372 welchem Mitgliedsstaat man sich aufhält, unbürokratisch möglich sein. Die  
1373 geforderte europäische Sozialversicherungsnummer erleichtert die Koordination  
1374 und Kommunikation zwischen den Behörden. Aufreibende Korrespondenz und  
1375 bürokratische Zick-Zack-Läufe zwischen nationalstaatlichen Behörden sind so  
1376 nicht mehr notwendig. So soll zum Beispiel eine spanische Behörde auch Auskunft  
1377 für in Österreich erworbene Ansprüche geben können.

### 1378 **Leistungen von staatlichen Pflichtversicherungen unabhängig vom Wohnsitz**

1379 Bei manchen Versicherungsleistungen gibt es Probleme, wenn man Leistungen daraus  
1380 beziehen will und seinen Wohnsitz in einem anderen EU-Land hat. Gerade im  
1381 Bereich der Pflege und den staatlichen Pflegeversicherungen in Deutschland oder  
1382 den Niederlanden ist ein Bezug in Österreich oft nicht möglich. Hier muss  
1383 künftig gewährleistet sein, dass alle, die in solche Versicherungssysteme  
1384 eingezahlt haben, auch Leistungen beziehen können, egal in welchem EU-Land sie  
1385 leben. Es soll in keiner staatlichen Pflichtversicherung zu Diskriminierungen  
1386 kommen, die die innereuropäische Arbeits- und Wohnsitzmobilität behindern.

### 1387 **Keine Sozialtransferunion. Leichtere Vergleichbarkeit und Weiterentwicklung** 1388 **europäischer Sozialsysteme durch Benchmarking**

1389 Sozialstaatliche Aufgaben sollen nach Anwendung des Subsidiaritätsprinzips auch  
1390 in Zukunft nationale Aufgabe bleiben. Indem ein einheitliches Benchmarking  
1391 geschaffen wird, soll es Mitgliedstaaten einfacher gemacht werden, voneinander  
1392 zu lernen. Die Vergleichbarkeit der einzelnen sozialstaatlichen Maßnahmen  
1393 (faktisches Pensionsantrittsalter, Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und Inklusion)  
1394 wird dadurch erleichtert und auch Mindeststandards können so einfacher umgesetzt  
1395 werden.

## 1396 **Umwelt und Energie: Ein nachhaltiges Europa** 1397 **sorgt für eine hohe Lebensqualität**

### 1398 **Herausforderung**

1399 Die Natur ist unser „Lebenserhaltungssystem“, deshalb müssen wir sorgsam mit ihr  
1400 umgehen. Gemeinsam nutzen wir Ressourcen wie Wasser, Luft und natürliche  
1401 Lebensräume. Wir haben zu ihrem Schutz gemeinsame Umweltnormen. Die Europäische  
1402 Union steht vor der Herausforderung, auf die nachweislich vom Menschen  
1403 verursachten Veränderungen des Klimas Antworten zu finden und parallel dazu den  
1404 Treibhausgasausstoß gemäß der Ziele des Pariser Klimavertrages zu reduzieren.  
1405 Damit können wir unsere Überlebensgrundlage und Lebensqualität nachhaltig  
1406 sichern. Beides sind gewaltige politische Projekte, die eine verbindliche  
1407 Strategie und langfristige Maßnahmen erfordern. Aufgrund der möglicherweise

1408 katastrophalen, destabilisierenden Folgen des Klimawandels ist das dringend  
1409 notwendig.

1410 Der ökologische Fußabdruck der industrialisierten Welt ist enorm und die  
1411 Konkurrenz um Ressourcen wird mit der weiteren Entwicklung, dem  
1412 Wohlstandszuwachs sowie der fortschreitenden Urbanisierung in Schwellenländern  
1413 stärker werden. Wesentliche Hebel, um diese Entwicklung einzubremsen, wie die  
1414 Steigerung von Ressourceneffizienz, umweltfreundliche Produktionsverfahren oder  
1415 Ökoinnovation, bleiben unterentwickelt. Die Müllentwicklung ist nach wie vor  
1416 besorgniserregend. Ein großer Teil unseres Abfalls landet auf immer größer  
1417 werdenden Deponien und teilweise auch in den Weltmeeren. Besonders problematisch  
1418 ist die drastische Zunahme von Plastikmüll, der in Form von Mikroplastik bereits  
1419 in fast allen Ökosystemen und Nahrungsketten nachweisbar ist und auch für den  
1420 Menschen eine Gesundheitsgefahr darstellt.

1421 Durch die Intensivierung der Land- und Forstwirtschaft, der damit verbundenen  
1422 Nutzung von Pestiziden und Monokulturen sowie durch die Ausbreitung von Wohn-,  
1423 Wirtschafts-, und Verkehrsflächen hat die Artenvielfalt in Europa in den letzten  
1424 Jahrzehnten stark abgenommen. Gleichzeitig üben invasive Arten zusätzlichen  
1425 Druck aus. Diese Entwicklungen gefährden nicht nur bestehende Ökosysteme und  
1426 heimische Arten, sondern haben langfristig negative Auswirkungen auf  
1427 Landwirtschaft, Gesundheit sowie Natur- und Klimaschutz. Die Agrarförderpolitik  
1428 orientiert sich an den Fragen von gestern und nicht an den Herausforderungen von  
1429 morgen.

1430 Obwohl in der EU Energieregeln auf supranationaler Ebene festgelegt werden, muss  
1431 sich die Union in der Praxis mit 28 (bald 27) nationalen Versorgungs- und  
1432 Regulierungssystemen auseinandersetzen. Diese werden zusätzlich jeweils stark  
1433 von innenpolitischen Anliegen und außenpolitischen Standpunkten beeinflusst.  
1434 Nationale Steuer- und Fördersysteme sind oft nicht an die Notwendigkeiten der  
1435 Energiewende angepasst und bevorzugen fossile Energiequellen.

1436 Heizen und Kühlen stellen die Hälfte des EU-Energieverbrauchs dar. Gerade  
1437 grenzüberschreitend gibt es zu wenige Verbindungen innerhalb des Energiesektors.  
1438 So bleibt die industrielle Abwärme in den Regionen meist ungenutzt, anstatt zum  
1439 Heizen wiederverwendet zu werden.

1440 Einer der Sektoren, der die CO<sub>2</sub>-Bilanz am meisten belastet, ist der Verkehr.  
1441 Dieser ist oft ineffizient organisiert. Gerade was die internationale Planung  
1442 innerhalb der EU betrifft, hinkt die Realität den Vorstellungen und  
1443 Erfordernissen hinterher.

## 1444 **Vision**

1445 Die Gesundheit und Lebensqualität der Menschen wird stets verbessert und ist  
1446 weitgehend sichergestellt. Umweltbedingte Belastungen, Gesundheitsrisiken und  
1447 Beeinträchtigungen werden sukzessive abgebaut. Die Sauberkeit des Trinkwassers  
1448 und der Badegewässer ist gewährleistet, die Luftqualität verbessert sich und  
1449 Lärm wird reduziert. Genauso werden die Auswirkungen schädlicher Chemikalien  
1450 eingedämmt und weitgehend beseitigt. Energiewende und „Green Economy“ haben sind

1451 zukunftsweisende Konzepte und ermöglichen nachhaltiges Wirtschaften auf Basis  
1452 einer freien Marktwirtschaft. Nach diesen Konzepten wird das Klima geschützt, es  
1453 werden langfristig Arbeitsplätze geschaffen, die Armut verringert und soziale  
1454 Stabilität erreicht. Naturräume werden auch im Zusammenwirken mit einer  
1455 nachhaltigen Landwirtschaft dauerhaft geschützt und die Artenvielfalt gesichert.  
1456 Nach Ausweisung aller EU-weiten Schutzgebiete gibt es umfassende Managementpläne  
1457 für schützenswerte Naturräume.

1458 Die EU ist Vorreiter bei der Umsetzung der Ziele des Pariser Klimaabkommens und  
1459 von COP23. Dabei werden Innovationsfähigkeit und Forschungspolitik in den  
1460 Mittelpunkt gerückt. Die Dekarbonisierung wird zügig vorangetrieben und Carbon-  
1461 Management hilft bei der Abschätzung der Wirkung von Investitionen und  
1462 industriepolitischen Maßnahmen. Kreislaufwirtschaft ist flächendeckend in  
1463 Anwendung und ermöglicht ressourcenoptimiertes, abfallarmes Wirtschaften ohne  
1464 Plastikverpackungen und Wegwerfprodukte. Kupfer, Gold und andere Edelmetalle  
1465 werden aus Elektroschrott zu Kosten, die mit denen des Abbaus von Erzen  
1466 vergleichbar sind, extrahiert.

1467 Die Energieunion sorgt für eine reibungslose und sektorübergreifende  
1468 Transformation des Energiesystems in Richtung erneuerbarer Energien,  
1469 Energieeffizienz und Flexibilität. Sie senkt die Abhängigkeit von öl- und  
1470 gasexportierenden Ländern. Der EU-Emissionshandel ist ein effizientes Werkzeug  
1471 der Dekarbonisierung in allen Sektoren und ebnet den Weg für eine europaweite  
1472 CO<sub>2</sub>-Steuer. Regionale Vernetzung im Energiebereich hilft, Versorgungssicherheit  
1473 zu stärken und länderübergreifende Synergien zu nutzen. Europa wird damit  
1474 insgesamt wirtschaftlich gestärkt. Grenzüberschreitende Kooperationen führen  
1475 dazu, dass erneuerbare Energien dort gefördert werden, wo sie am  
1476 kostengünstigsten erzeugt werden können. Europa gelingt es, zum  
1477 Innovationsführer eines globalisierungsfähigen Wirtschaftsmodells zu werden. Dem  
1478 bewussten Umgang mit Energie und anderen Rohstoffen kommt dabei eine  
1479 Schlüsselrolle zu.

1480 Der Personen- und Warenverkehr wird möglichst umwelt- und ressourcenschonend  
1481 abgewickelt. Fehlentwicklungen wie die "Lagerhaltung durch Lastkraftwagen"  
1482 gehören der Vergangenheit an. Warenströme bewegen sich, angepasst an das  
1483 jeweilig sinnvollste Transportmittel, mit höchster Effizienz.

## 1484 **Leitlinien und Maßnahmen**

### 1485 **Neue Konzepte für Naturraummanagement**

1486 Die EU hat in den letzten Jahrzehnten mit der einheitlichen Definition von  
1487 Naturschutzgebieten viel für den Erhalt von Naturräumen und Arten erreicht. Der  
1488 nächste Schritt müssen Maßnahmen zum weiteren Management dieser ausgewiesenen  
1489 Gebiete sein. Das wurde bislang vernachlässigt. Wir fordern daher verstärkte  
1490 Einbindung der Regionen und Impulse, um mehr Bewusstsein für das Thema zu  
1491 schaffen. Gleichzeitig ergeben sich Beschäftigungsmöglichkeiten, die nicht nur  
1492 in der Ressourcennutzung, sondern auch im -erhalt liegen. Das reiche Naturerbe  
1493 und die Artenvielfalt Europas können so auch zukünftig bewahrt werden.

## 1494 **Schwerpunkt Kreislaufwirtschaft**

1495 Effiziente Kreislaufwirtschaft beginnt bereits bei nachhaltigem Produktdesign  
1496 sowie innovativer Produktentwicklung. Der Einsatz von Einwegkunststoffen und  
1497 kaum stofflich wiederverwertbaren Verbunden muss drastisch reduziert werden.  
1498 Weiters müssen Reparaturnetzwerke verstärkt und die Verfügbarkeit von  
1499 Ersatzteilen von Seiten der Hersteller gegeben sein. Die Zukunft nachhaltigen  
1500 Wirtschaftens liegt in weitgehend geschlossenen Stoffkreisläufen und in  
1501 effizienter kaskadischer Nutzung. Die Transformation der europäischen Industrie  
1502 muss hier einen Schwerpunkt erhalten. So wird der Rohstoffverbrauch sukzessive  
1503 verringert und damit auch die Importabhängigkeit. Wir bestärken die EU-  
1504 Kommission daher in ihren Vorhaben, die Kreislaufwirtschaft durch EU-  
1505 einheitliche Standards für Sekundärrohstoffe zu unterstützen und die  
1506 Handelbarkeit von Sekundärrohstoffen in der EU zu ermöglichen. Außerdem soll  
1507 Urban Mining vorangetrieben werden, um mittelfristig mit dem Abbau von  
1508 Rohstoffen kostengünstig mithalten zu können. Mit ehrgeizigen Zielen und  
1509 innovativen Maßnahmen können wir so auch eine globale Vorreiterrolle in  
1510 Abfallvermeidung sowie Recycling einnehmen.

## 1511 **Weiterentwicklung der Energieunion**

1512 Der rasche Ausbau der europäischen Energienetze (TEN-E), vor allem bei Projekten  
1513 zur Unterstützung grenzüberschreitender erneuerbarer Energie, führt automatisch  
1514 dazu, dass die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zurückgeht. Je weiter  
1515 die Netze ausgebaut sind, desto einfacher wird die Integration von erneuerbaren  
1516 Energieträgern. Als kleine Volkswirtschaft profitiert Österreich besonders von  
1517 einer Energieunion – wenn auch nicht von allen Aspekten im gleichen Ausmaß. Die  
1518 österreichische Regierung soll daher die Vorschläge der Kommission aufnehmen und  
1519 unterstützen. Die Energieunion muss ganzheitlich angelegt werden. Es müssen  
1520 Stromnetze sowohl in Qualität als auch in Quantität angepasst werden, um den  
1521 Umstieg auf ein nachhaltigeres Energiesystem zu ermöglichen. Außerdem sollen  
1522 Energiespeichersysteme weiterentwickelt und ausgebaut werden. Ohne einen  
1523 europaweiten Ausbau von Netzen und Speichern stoßen wir mit erneuerbaren  
1524 Energiequellen schnell an unsere Grenzen.

## 1525 **Neues Strommarktdesign: bessere Anreize und Internalisierung der externen Kosten**

1526 Alle Maßnahmen im Energiebereich sind auf ihre Anreizwirkung zu überprüfen. Für  
1527 die Umwelt kontraproduktive Förderungen müssen zeitnah gestrichen werden – laut  
1528 Berechnungen des WIFO fließen allein in Österreich 3,8 bis 4,7 Mrd Euro pro Jahr  
1529 in solche Förderungen. Das aktuell in Verhandlung befindliche neue EU-  
1530 Strommarktdesign sollte die nachhaltige und effiziente Weiterentwicklung der  
1531 Strommärkte in Richtung effiziente Marktintegration der Erneuerbaren  
1532 sicherstellen. Kriterium muss technische und finanzielle Machbarkeit sein. Ein  
1533 Fördersystem, das Milliarden kostet und gleichzeitig die Versorgungssicherheit  
1534 gefährdet, kann nicht die Lösung sein. Wir fordern daher ein deutlich  
1535 marktnäheres Ökostromgesetz.

## 1536 **Dekarbonisierung vorantreiben: Einführung einer europaweiten CO2-Abgabe**

1537 Wir fordern die Stärkung der Ökologisierung der Steuersysteme durch eine CO2-  
1538 Abgaben-Richtlinie. Die aktuelle Richtlinie zur Besteuerung von  
1539 Energieerzeugnissen und elektrischem Strom ist veraltet und nicht ausreichend.  
1540 Eine Richtlinie für CO2-Abgaben muss jedenfalls eine einheitliche  
1541 Bemessungsgrundlage für Emissionen und Mindeststeuersätze beinhalten, um CO2 –  
1542 unabhängig davon, um welche Energiequelle es sich handelt – gleichmäßig zu  
1543 belasten. Damit soll mittel- bis langfristig auf eine europaweite CO2-Abgabe  
1544 abgezielt werden. Dem derzeitigen EU-Emissionshandelssystem stehen wir jedoch  
1545 nicht ablehnend gegenüber. Als Übergangslösung am Weg zur EU-CO2-Abgabe könnte  
1546 der Emissionshandel auf weitere Sektoren – vor allem Verkehr, Wärme und  
1547 Landwirtschaft – ausgedehnt werden.

### 1548 **Carbon-Management für große Projekte einführen**

1549 Zur Erreichung der COP23-Ziele muss Carbon-Management zur Folgenabschätzung von  
1550 Großprojekten, insbesondere im Verkehrsbereich, eingeführt werden. Wird durch  
1551 ein Projekt ein Mehrausstoß von Treibhausgasen generiert, muss anderswo  
1552 eingespart werden. Das hilft, den Mehrausstoß von Treibhausgasen abzuschätzen  
1553 und folglich auch Gegenmaßnahmen einzuführen, um europaweit auf dem Zielpfad zu  
1554 bleiben.

### 1555 **Rascher Ausbau der TEN-V-Kernnetzkorridore (TEN-T Core Network Corridors)**

1556 Das Konzept der Paneuropäischen Verkehrskorridore der EU ist das Rückgrat des  
1557 effizienten Transports innerhalb Europas. Zur tatsächlichen Umsetzung der Pläne  
1558 muss man die Nationalstaaten stärker in die Pflicht nehmen, um die großen Lücken  
1559 des Netzes rasch zu schließen. Um den notwendigen Ausbau zu beschleunigen,  
1560 sollen europäische Fördermittel innerhalb eines straffen Zeitkorridors  
1561 ausgegeben werden. Damit wird Transport in Europa schneller und  
1562 umweltfreundlicher und die Bürger\_innen der Union wachsen näher zusammen. Die  
1563 Wirtschaft wird ebenso gestärkt wie der Schadstoffausstoß vermindert.

## **Begründung**

Anmerkung: Programmkomitee bestehend aus:

Beate Meinl-Reisinger, Niki Scherak, Claudia Gamon, Douglas Hoyos, Dominik Oberhofer,  
Lukas Lerchner, Indra Collini, Friedhelm Frischenschlager und Wolfgang Streitenberger.

## **Unterstützer\_innen**

Armin Hübner; Christian Bitschnau